

DEMO KRATIE BERICHT

MARZAHN-
HELLERDORF
2023



Partnerschaft für
Demokratie Hellersdorf



Partnerschaft für
Demokratie Marzahn



Koordinierungsstelle
für Demokratieentwicklung
Marzahn-Hellersdorf

Impressum

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Neue Grottkauer Straße 5
12619 Berlin

Web: <https://koordinierungsstelle-mh.de>
Facebook: www.facebook.com/koordinierungsstellemh
X: @demokratiemahe
E-Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de
Telefon: 030 - 92257140
0152 - 31 77 13 83 (Signal/WhatsApp)

Fotos aus dem Bezirk: Lia Kynaß

Verantwortlich für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweiligen Autor*innen und deren Strukturen, ebenso für die Art des Genderns in den Artikeln.

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, pad gGmbH, Kastanienallee 55,
12627 Berlin

Erscheinungsdatum: Juli 2024

Inhalt

- 7 Grußwort der Bezirksbürgermeisterin
[Nadja Zivkovic](#)
- 8 Einleitung und Überblick
[Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf](#)
- 11 Auswertung des Registers zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle
Marzahn-Hellersdorf 2023
[Register Marzahn-Hellersdorf](#)
- 18 Die Arbeit des Integrationsbüros Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2023
[Irina Warkentin und Anne Jerzak](#)
- 20 Übersicht über durch die Partnerschaften geförderte Demokratieprojekte im Jahr 2023
[Hannes Obens, Corinna Meukow und Chimara Chester](#)
- Schwerpunkt Beteiligung in Marzahn-Hellersdorf**
- 22 Einleitung zum Schwerpunkt
[Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf](#)
- 24 Interview: Bezirklicher Raum für Beteiligung
- 26 Interview: „Bürger*innenräte als Möglichkeit der Partizipation“
[Initiative „Demokratie. Gerechtigkeit. Bügerräte Marzahn-Hellersdorf“](#)
- 29 Gedenkort für Nguyễn Văn Tú über den Bürger*innenhaushalt
- 31 Interview: Das Projekt „Campus Transferale“ an der Alice Salomon Hochschule
- 34 Fazit und Handlungsempfehlungen zum Themenschwerpunkt Teilhabe
[Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf](#)
- 38 Kontakte



新五洲飯店

CHINA



EINGANG

Grußwort von Nadja Zivkovic

(Bezirksbürgermeisterin von
Marzahn-Hellersdorf)



Sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Jahr 2023 waren das tägliche Leben und unsere Arbeit vor Ort im Bezirk u. a. von den aktuellen globalen Entwicklungen beeinflusst. Der andauernde russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der Terrorangriff der Hamaz auf Israel und die sich verschärfende sicherheitspolitische Krise in der gesamten Nahost-Region haben weltweite Schockwellen ausgelöst, deren Auswirkungen bis in unseren Bezirk hinein zu spüren sind. Die Entwicklungen dieser großen, globalen Konflikte führen uns einmal mehr vor Augen, wie wichtig es ist, dass wir in unserer unmittelbaren Umgebung für Frieden, Toleranz und Zusammenhalt einstehen.

Somit war das Jahr 2023 weiterhin geprägt von Herausforderungen und Entwicklungen, die unser aller Leben beeinflussten und zugleich den Zusammenhalt und die Solidarität in unserem Bezirk stärkten. Es ist ermutigend zu sehen, wie viele von Ihnen sich aktiv in die Gestaltung unserer Gemeinschaft einbringen. Von der Unterstützung geflüchteter Menschen aus der Ukraine bis hin zu den zahlreichen Initiativen, die sich für ein vielfältiges und inklusives Zusammenleben einsetzen, haben Sie sich tagtäglich dafür eingesetzt, dass Marzahn-Hellersdorf eine lebendige und solidarische Gemeinschaft bleibt.

Der diesjährige Demokratiebericht widmet sich dem wichtigen Thema Beteiligung – Sie ist das Herzstück einer lebendigen und gelebten Demokratie. Sich beteiligen können, bedeutet nicht nur, sich an Wahlen beteiligen zu können, sondern auch, sich aktiv in Entscheidungsprozesse einbringen und eine gleichberechtigte Stimme in der Gestaltung unserer Gemeinschaft zu haben. In einer Zeit, in der die Demokratie auf der ganzen Welt herausgefordert wird, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir uns gemeinsam weiterhin für die Werte der Partizipation und Mitbestimmung einsetzen. Wir stehen vor der

Herausforderung, die Bedürfnisse und Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen und gemeinsam Lösungen zu finden, die den sozialen Frieden wahren und fördern. Der regelmäßige Austausch mit den zahlreichen in Marzahn-Hellersdorf tätigen Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen, Organisationen, Vereinen, Initiativen und vieler einzelner Personen ist dabei unerlässlich, um bedarfsgerechte Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die Beiträge, die in diesem Bericht dargestellt werden, sind das Ergebnis einer engagierten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern von Marzahn-Hellersdorf. Sie zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, um unsere Demokratie weiter zu stärken und zu festigen. Gleichzeitig zeigen sie aber auch, dass wir zwar auf einem sehr guten Weg sind aber es noch einiges zu tun gibt.

Ich bin beeindruckt von dem Engagement und der Solidarität, die in unserem Bezirk tagtäglich gelebt werden und möchte mich an dieser Stelle bei jedem einzelnen von Ihnen für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung herzlich bedanken. Bleiben Sie weiterhin engagiert und lassen Sie uns gemeinsam dafür einstehen, dass Marzahn-Hellersdorf auch in Zukunft ein Ort der Vielfalt, der freien Entwicklungsmöglichkeiten, der Gleichberechtigung und des toleranten Zusammenhalts bleibt.

Ich wünsche Ihnen allen eine inspirierende und erkenntnisreiche Lektüre des Demokratieberichts und freue mich auf die Fortsetzung unserer gemeinsamen Arbeit für eine starke und lebendige Demokratie in Marzahn-Hellersdorf.

Ihre

Nadja Zivkovic

Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf

Einleitung und Überblick

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

**Liebe Leser*innen,
liebe Mitstreiter*innen!**

Auch das Jahr 2023 hatte auf bezirklicher, aber auch weltpolitischer Ebene viele Herausforderungen. Zugleich entsteht dieser Jahresbericht für das vergangene Jahr unter den Eindrücken bundesweiter zivilgesellschaftlicher Proteste aufgrund eines vom Recherchekollektiv Correctiv veröffentlichten Berichtes über ein Treffen von hochrangigen AfD-Politiker*innen, Neonazis und finanzstarken Unternehmer*innen im November 2023 in einem Hotel bei Potsdam. Viele Engagierte hoffen, dass diese Protestwelle zu einem Zurückdrängen des Rechtsextremismus, lokal sowie bundesweit, führt und das kleinteilige, langjährige Engagement gegen extreme Rechte wieder gestärkt wird.

Kriege und militärische Auseinandersetzungen verunsichern und besorgen viele Menschen – nach wie vor. In Deutschland herrscht bei vielen Menschen Frust und Unverständnis aufgrund der ständigen Streitereien in der Ampel-Koalition und schlecht vermittelter Gesetzesänderungen (u. a. Heizungsgesetz) auf Bundesebene. Im Superwahljahr 2024 steht die bundesdeutsche Demokratie vor einem Härtestest. Noch dazu gibt es seit Ende 2023 eine neue Welle des Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus infolge der menschenverachtenden, islamistisch motivierten Terrorattacken der Hamas am 7. Oktober in Israel mit über 1200 ermordeten Zivilist*innen zu beklagen. Dies alles beschäftigt uns aktuell auch als Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung mit Blick auf den Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Vor diesem Hintergrund ein großes Dankeschön an alle demokratischen, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Marzahn-Hellersdorf, die sich im Jahr 2023 und auch weiterhin für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben in unseren Kiezen stark machen. Ein Zusammenhalt aller demokratischen Kräfte gegen die extreme Rechte ist nach wie vor nötig.

Lassen Sie uns auch weiterhin gemeinsam und solidarisch für (basis-) demokratische Ideen und gegen jegliche Ideologien der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einsetzen.

Aktuelle Entwicklung zu Rassismus und extremer Rechter im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und Berlin

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf spiegeln sich viele bundes- und berlinpolitische Debatten und Herausforderungen wieder. Die Berliner Registerstellen erfassten für das Jahr 2023 insgesamt 5286 Vorfälle (2022: 4156). Der Anstieg von insgesamt 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr betrifft alle inhaltlichen Themenfelder, einzige Ausnahme bildet die Kategorie „Rechte Selbstdarstellung“. Das ist ein Zuwachs von über 1000 Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr (vgl. ausführlich den Jahresbericht der Berliner Registerstellen: <https://berliner-register.de/artikel/auswertung-fur-2023-berliner-register-hass-im-netz-fuehrt-zu-hass-auf-der-strasse-556/>).

Für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf erfasst die Statistik des bezirklichen Registers für das Jahr 2023 insgesamt 531 Vorfälle, womit die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr um 45 Prozent gestiegen sind. Seit Beginn der Erfassung rechter Vorfälle

2008 wurden noch nie so viele Vorkommnisse in einem Jahr dokumentiert. Damit befindet sich der Bezirk berlinweit nach Mitte (855 Vorfälle) und Lichtenberg (542 Vorfälle) an dritter Stelle (vgl. den ausführlichen Jahresbericht der bezirklichen Registerstelle Marzahn-Hellersdorf in diesem Demokratiebericht auf S. 11 ff.).

Für diese Entwicklung sind laut Register Marzahn-Hellersdorf in erster Linie zwei Ursachen zu nennen: „Zum einen melden immer mehr Menschen Diskriminierung. Es gibt eine wachsende Anzahl von Personen, die hinschauen, sich gegen rechts engagieren und sich gegen menschenverachtendes Verhalten positionieren.“

Zum anderen steigt die Präsenz von neonazistischen Aktivitäten. Marzahn-Hellersdorf ist der Hotspot der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ in Berlin. In keinem anderen Bezirk gab es im vergangenen Jahr so viel Propaganda der Neonazipartei wie hier.“

Laut dem Jahresbericht des bezirklichen Registers Marzahn-Hellersdorf waren rechte Selbstdarstellung (153 Fälle – Vorjahr: 155) und das Tatmotiv Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS mit 131 gemeldeten Fällen (Vorjahr: 60) die häufigsten Tatmotive. Knapp dahinter, an dritter Stelle, folgen rassistisch motivierte Vorfälle (119 Fälle – Vorjahr: 61).

Ein wichtiger Akteur der (extremen) Rechten im Bezirk war auch im Jahr 2023 die AfD. Es gibt weiterhin viele Anfragen mit diffamierendem Charakter der AfD, sowohl auf bezirklicher als auch auf der Landesebene, zu antirassistischen

Akteur*innen, demokratischen NGOs oder sozialen Trägern. Zudem führt die AfD Marzahn-Hellersdorf im Restaurant „Mittelpunkt der Erde“ im nahegelegenen Hönow immer wieder Veranstaltungen unter Beteiligung extrem rechter Akteur*innen durch (Quelle: <https://taz.de/Protest-gegen-AfD-nahe-Veranstaltung!/5987112/>). Aber auch anhaltender Hass und Hetze in den Sozialen Medien wie u. a. in größeren Facebook Gruppen mit bezirklichen Bezug, zeigen kontinuierlich auf, dass es weiterhin ein virulentes Problem mit Alltagsrassismus und den unterschiedlichen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bezirk gibt.

Im vergangenen Jahr war die neonazistische Partei „III. Weg“ in Marzahn-Hellersdorf so aktiv wie in kaum einen anderen Bezirk. Im Rahmen ihrer langfristigen Strategie der lokalen Organisation, klebten die Anhänger vom „III. Weg“ regelmäßig neonazistische Propaganda-Plakate und -Aufkleber und hinterließen großflächige rechte Graffiti. Außerdem bedrohten Aktivist*innen der neonazistischen Kaderpartei wiederholt politische Gegner*innen. Hinzu kam im Jahr 2023 ein verstärktes Auftreten der Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ). Insbesondere versuchten die Nachwuchskader der NRJ durch Präsenz an Schulen und direkter Ansprache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen weiter im Bezirk Fuß zu fassen (ausführlicher im Jahresbericht der bezirklichen Registerstelle Marzahn-Hellersdorf in diesem Demokratiebericht auf S.16). Insgesamt ist im Bezirk und auch berlinweit eine zunehmende Gewaltbereitschaft des „III. Wegs“ und der „NRJ“ festzustellen.

Marzahn-Hellersdorf steht zusammen

Auch im Jahr 2023 haben sich viele Bürger*innen von Marzahn-Hellersdorf zivilgesellschaftlich und (basis-)demokratisch aktiv im Bezirk eingebracht – eine kleine Auswahl: im Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf sind weiterhin sehr viele Akteur*innen dauerhaft engagiert, in den Stadtteilzentren, Nachbarschaften und Kiezen sind sehr viele Menschen kontinuierlich um ein solidarisches und friedliches Miteinander bemüht. Von Orten des Zusammenkommens (z. B. im Rahmen der „Unbezahlbar“ oder Aktivitäten des Projekts „Solidarischer Kiez

in der Poelchaustraße“), über antirassistische und antifaschistische Aktivitäten von jungen Menschen in Form von z. B. Demonstrationen (siehe: www.youtube.com/watch?v=YCi0GYyWbLI), sozialen Angeboten vieler Einrichtungen im Bezirk (von Mittagstischen bis hin zu Sozialberatungen) bis hin zum weiterhin vorhandenen Engagement hinsichtlich Unterstützung geflüchteter Menschen konnten sich viele Bürger*innen durch gegenseitige Hilfen unterstützen. An dieser Stelle ein paar Highlights aus dem vergangenen Jahr:

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz konnte auch im Jahr 2023 wieder viele eigene Formate erfolgreich umsetzen wie u. a. Nachbarschaftsfeste (Marzahner Nachbarschaftsfest, Schöner Leben ohne Nazis, Feuriger Advent) und Gedenkaktivitäten (dezentrales Stilles Gedenken zum internationalen Holocaustgedenktag bis hin zum Gedenken an die Novemberprogrome).

Ebenso waren integrationsspezifische Veranstaltungen wie die „Interkulturellen Tage“ für das Zusammenkommen im Bezirk sehr wichtig. Mit der bereits zum vierten Mal stattgefundenen „Marzahn-Pride“ und einer erstmalig stattgefundenen „Prideweek“ drum herum konnte die LGBTIQ* Community mit entsprechenden Antidiskriminierungsforderungen verstärkt sichtbar gemacht werden.

Neue Akzente setzte unter anderem eine neue Kooperation des Antiklassismus-Referats der Alice Salomon Hochschule und der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung sowie weiteren Akteur*innen mit der Veranstaltungsreihe zum Thema Klassismus (= strukturelle Diskriminierung aufgrund der sozioökonomischen Herkunft oder der sozialen Position eines Menschen). Unter dem Projekttitle „Klassismus – sehen, erzählen und entgegen wirken“ fand über das Jahr verteilt ein Sensibilisierungsworkshop, ein dreiteiliger biografischer Gesprächskreis und eine antiklassistische Sommersammlung statt. Ziel war es, im Rahmen der Veranstaltungen über die Bedeutung und die Folgen dieser Diskriminierungsform zu sprechen, Erfahrungen zu reflektieren und zu überlegen, wie wir den Zugang zu einer selbstbestimmten und demokratischen Lebensgestaltung verbessern

können und den gesellschaftlichen Dialog dazu fördern.

Bereits zum zweiten Mal fand das Nachbarschaftsfest „Cotti für Alle“ in Hellersdorf statt. Mit einer Mischung aus Musik, Workshops, Standangeboten und politischer Bildung sollte der Austausch und das solidarische Zusammenkommen der Nachbarschaften vor Ort vorangetrieben werden. Ein weiteres Ziel dieses Formates war es, den nach wie vor virulenten Raumergreifungsstrategien des neonazistischen „III. Weges“ ein lebendiges und demokratisches Kultur- und Musikformat entgegenzusetzen.

Auf der Ebene der vom Senat geförderten Programme wie BENN (Berlin entwickelt neue Nachbarschaften), Quartiersmanagement, Stadtteilkoordinationen, mobiler Stadtteilarbeit und anderen Projekten, konnte die Arbeit auch im Jahr 2023 erfolgreich fortgeführt, verstetigt und sogar durch neu hinzugekommene BENN-Standorte (das BENNplus-Gebiet Raoul-Wallenberg-Straße sowie das BENN-Team Louis-Lewin-Straße haben die Arbeit jeweils zum 01.05.2023 begonnen) und weitere Stadtteilzentren bzw. Nachbarschaftsprojekte (z. B. das Stadtteilzentrum Hellersdorfer Terrasse und den Nachbarschaftsladen Marzahn NordWest) ausgebaut werden. Insgesamt gab es hier an vielen Punkten eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis, der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung, dem Integrationsbüro und den Akteur*innen von BENN bis Quartiersmanagement z. B. in Form der AG Solidarische Kieze, über das Projekt Unbezahlbar bis hin zur gemeinsamen Umsetzung von verschiedenen Nachbarschaftsfesten. Den Zusammenhalt in den Kiezen zu unterstützen, bedeutet langfristig eine Stärkung der Zivilgesellschaft und somit auch eine Stärkung der Demokratieentwicklung von unten zu schaffen.

Natürlich gibt es auch viele weitere Projekte im Bereich der Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf, welche wir aber an dieser Stelle nicht alle aufzählen können. Wenn Sie Ihre Arbeit im nächsten Demokratiebericht mit einem eigenen Beitrag vorstellen möchten, schreiben Sie uns an: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de

Und das steht drin – der Demokratiebericht 2023

Unser sechster Demokratiebericht beschreibt im ersten Teil die aktuelle Situation im Bezirk in Bezug auf demokratiegefährdende Phänomene, in dem das bezirkliche Register die Fallzahlen für das Jahr 2023 analysiert und einen Blick auf die wesentlichen Entwicklungen wirft. Dem gegenüber, quasi als Antwort, stehen die Artikel der Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf sowie des bezirklichen Integrationsbüros, die ausführlich über die zahlreichen Aktivitäten zur Stärkung der demokratischen Kultur bzw. zur Integrations- bzw. Inklusionsarbeit u. a. für Menschen mit Fluchterfahrungen in unserem Bezirk berichten bzw. ihre Arbeit vorstellen. Der zweite Teil ist ganz unserem inhaltlichen Schwerpunkt gewidmet – dem Thema Bürger*innenbeteiligung. Gerade in Zeiten von wachsender Demokratiedistanz erscheint es uns wichtig sich mit den verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten auf der bezirklichen Ebene auseinanderzusetzen. Es sind zwar theoretisch viele

Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger*innen im Bezirk gegeben (hierzu wird die Koordinierungsstelle im Jahr 2024 auch noch eine Überblicksbroschüre über bestehende Beteiligungsmöglichkeiten veröffentlichen), jedoch sind viele davon nicht bekannt oder leiden unter verschiedenen zu hohen Hürden diese dann auch tatsächlich zu nutzen. Wir möchten in unserem Themenschwerpunkt ausgewählte Beispiele aus dem Bereich der Bürger*innenbeteiligung vorstellen. Hierzu konnten wir mit Gesprächspartner*innen aus vier verschiedenen Bereichen aus unserem Bezirk Interviews führen.

Im letzten Teil des Berichtes ziehen wir als Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Schlüsse aus den von uns geführten Interviews zum Thema Bürger*innenbeteiligung und leiten daraus Handlungsideen und Vorschläge ab. Wie können Bezirkspolitik, Bezirksverwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen im Bezirk weiter verbessern, haben wir uns gefragt und freuen uns auf die

Diskussionen und die weitere Zusammenarbeit in diesem Themenfeld.

Auch dieses Mal soll der Demokratiebericht eine Übersicht über die vielfältigen demokratischen Aktivitäten im Bezirk geben und zum weiteren Engagement motivieren.

Dieser Bericht erscheint in Kooperation mit dem Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf sowie den beiden externen Koordinierungs- und Fachstellen der Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf (Stiftung SPI). Danke für die gute Zusammenarbeit.

Unser besonderer Dank gilt besonders allen, die an diesem Bericht mitgewirkt haben. Ohne ihre aktive Unterstützung wäre dies nicht möglich gewesen.

Viel Spaß beim Lesen
Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf,
Mai 2024



Diskriminierung und rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf

Jahresrückblick 2023

Registerstelle Marzahn-Hellersdorf

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist sehr vielseitig aufgestellt. Die „Gärten der Welt“ in Marzahn, der Kienberg in Hellersdorf oder die Seen in Kaulsdorf locken Menschen aus ganz Berlin und teilweise sogar aus der ganzen Welt hierher. Auch der Alltag im Bezirk ist alles andere als einseitig. Zwischen Plattenbauten und Einfamilienhäusern ist jede Menge los. Zudem ist das Leben in Marzahn-Hellersdorf in den letzten Jahren sogar noch vielfältiger geworden: So feiert die „Marzahn Pride“ im Jahr 2024 ihr fünftes Jubiläum. Die jährliche Parade ist nur ein Beispiel für queere Aktivitäten im Bezirk, die sich auch in einer wachsenden Anzahl an regelmäßigen Angeboten für queere Jugendliche und Erwachsene ausdrücken. Trotz der großartigen Potentiale ist das Zusammenleben von so vielen Menschen im Großbezirk nicht immer problemfrei. Es gibt Armut im Bezirk. Es gibt einen Mangel an Schulplätzen. Außerdem kommt es leider immer wieder zu rechter Gewalt und Diskriminierung. Um aktiv dagegen vorzugehen, nimmt die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf Meldungen über rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk auf und wertet diese aus. Das Ergebnis findet sich unter anderem auf den folgenden Seiten. Der Bericht ist eine Handreichung für alle, die sich gegen Diskriminierung und für Vielfalt und Toleranz einsetzen möchten. Dies gelingt nur, wenn auch ein Blick auf die rechten Vorkommnisse geworfen wird:

Welche Vorfälle gab es und wo genau sind sie passiert? Welche rechten Gruppen sind im Bezirk aktiv? Und was kann die Zivilgesellschaft dagegen tun?

In diesem Sinne versteht sich der vorliegende Jahresbericht als Impuls, uns alle wachsam zu machen für diskriminierende Vorfälle, diese wahrzunehmen und ihnen gemeinsam entgegenzutreten.

Höchststand an Vorfällen seit Erfassungsbeginn

Im Jahr 2023 wurden in Marzahn-Hellersdorf 531 rechte und diskriminierende Vorfälle registriert. Das sind 45% mehr Meldungen als im Vorjahr. Es wurden also durchschnittlich an jedem Tag ungefähr 1,5 rechte oder diskriminierende Vorkommnisse im Bezirk gemeldet, bei denen es sich größtenteils um Propaganda handelt. Das ist ein neuer Höchststand. Seit Beginn der Erfassung rechter Vorfälle 2008 wurden noch nie so viele Vorkommnisse in einem Jahr dokumentiert.

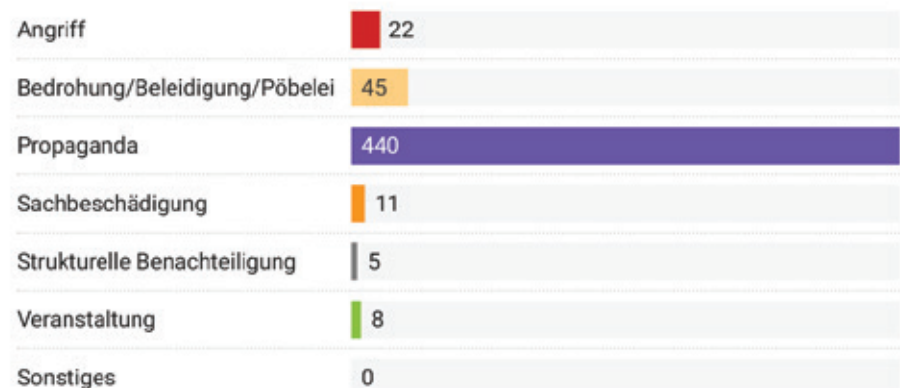
Dieser Anstieg der Vorfälle hat verschiedene Gründe. Der erste ist positiv, da immer mehr Menschen Diskriminierung melden. Es gibt eine wachsende Anzahl von Personen, die hinschauen, sich ge-

gen rechts engagieren und sich gegen menschenverachtendes Verhalten positionieren. Das ist gut. Nur durch mehr Meldungen können Schwerpunkte von Diskriminierung im Bezirk erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Neonazis werden aktiver

Allerdings liegt die steigende Anzahl an Vorfällen im vergangenen Jahr auch daran, dass gerade organisierte Neonazis aktuell wieder aktiver im Bezirk werden. Bereits zwischen 2013 und 2017 gab es schon einmal beunruhigend hohe Zahlen explizit rechter Vorfälle im Bezirk im Kontext der damaligen rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchteten-Unterkünfte. In den vergangenen Jahren ist es jedoch erst einmal ruhiger geworden und die organisierte Neonaziszene zog sich etwas zurück. Doch seit Kurzem treten viele der Neonazi-Kader, die bereits vor 10 Jahren im Bezirk aktiv waren, erneut zum Vorschein und werden wieder stärker aktiv. So verzeichnete die Registerstelle im vergangenen Jahr besonders

Art der Vorfälle



viele Aktivitäten der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“. Teilweise kamen die Neonazis vom „III. Weg“ aus ganz Berlin, um im Bezirk Graffiti zu sprühen oder Propaganda zu verteilen. Auch Kampfsporttrainings haben im öffentlichen Raum in Marzahn Hellersdorf stattgefunden. Mit solchen niedrigschwelligen Angeboten gelingt der extremen Rechten eine erste Kontaktaufnahme zu neuen Personen und mitunter eine Bindung dieser an ihre Strukturen.

Die nachweisliche Verrohung des öffentlichen Klimas ist jedoch auch eine politische Nachwirkung der jahrelangen Corona-Pandemie. In deren Verlauf fanden beispielsweise antisemitische Verschwörungserzählungen und Symbole zunehmend Verbreitung. Dieser Trend ist zwar im Vergleich zu Pandemie-Hochzeiten rückläufig, aber immer noch relevant, wenn es darum geht, zu verstehen, warum rechte Propaganda aktuell mehr Anklang findet.

Nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 07.10.2023 kam es in anderen Teilen

Berlins und Deutschlands vielfach zu einem Anstieg der Meldungen antisemitischer Vorfälle. In Marzahn-Hellersdorf ist deren Anzahl im Jahresvergleich jedoch weitestgehend konstant geblieben. Allerdings hat sich die Qualität der gemeldeten Vorfälle 2023 merklich verändert. So wurde zweimal versucht aus offensichtlich antisemitischen Motiven eine Israelfahne abzureißen und zu entwenden, die vor dem Rathaus gehisst war. Zudem kam es zu drei antisemitischen Angriffen im Bezirk, von denen sich zwei in Marzahn ereigneten.

Rechte Gewalt nimmt zu

Insgesamt zeigen die Zahlen des Registerberichtes 2023 die beunruhigende Tendenz, dass Diskriminierung zunehmend mit körperlicher Gewalt einhergeht. Während beispielsweise Vorfälle struktureller Benachteiligung oder diskriminierende Veranstaltungen zurückgegangen sind, hat sich die Zahl der Angriffe mehr als verdoppelt. Im Jahr 2022 wurden insgesamt neun rechtsmotivierte

Angriffe gemeldet. Im vergangenen Jahr ist diese Zahl auf 22 gestiegen. Hierbei deutet sich an, dass manche Menschen besonders gefährdet sind, Betroffene von dieser zunehmenden Gewaltbereitschaft zu werden.

Rassismus als Tatmotiv

Ungefähr zwei Drittel der gemeldeten Angriffe waren im Jahr 2023 rassistisch motiviert. Die meisten Angriffe fanden in öffentlichen Verkehrsmitteln (S-Bahn, U-Bahn, Tram, Bus) statt. So kam es am 27.03.2023 zu einem rassistischen Vorfall in der Tramlinie 16 in Marzahn. Dabei wurde eine dreiköpfige Familie beleidigt und angegriffen (Quelle: Polizeimeldung Nr. 0448 vom 28.03.2023). Der Vater, die Mutter und die Tochter sollen in der Tram telefoniert haben, während sie ein Fahrgast zunächst rassistisch beleidigte. Anschließend versuchte der Angreifer, die Familie gewaltsam aus der Bahn zu drängen und nach ihnen zu schlagen. Zudem ereignete sich ein rassistischer Angriff in einem Supermarkt, einer in ei-



ner Bar und drei in Schuleinrichtungen. Ein Angriff fand auf der Straße statt. Am Nachmittag des 30.11.2023 wurde ein Mann während seines Lauftrainings in Hellersdorf von einem Unbekannten gestoppt. Der Täter baute sich auf einem Gehweg plötzlich vor ihm auf und fragte, was er „hier in Deutschland“ mache. Als der Betroffene antworten wollte, schlug der Täter mit der Faust auf ihn ein. Eine Augenzeugin schritt nicht ein, sie drehte sich um und ging weiter. Der Täter ließ letztendlich von dem Betroffenen ab und konnte unerkannt entkommen (Quelle: Tagesspiegel vom 30.11.2023). Nicht nur in diesem Fall kannte der Betroffene den Täter nicht. Die meisten Angriffe werden von Personen ausgeführt, die den Betroffenen unbekannt sind. Diskriminierende Gewalt und Hass schlägt Menschen somit in der Regel zufällig und unvermittelt im Alltag entgegen. Das Wissen darüber kann Ansatzpunkte bieten, um rassistischer Gewalt durch eine verstärkte Aufmerksamkeit gemeinsam den Raum zu nehmen und Angsträume für Betroffene abzubauen.

Gewalt gegen queere Menschen nimmt zu

Doch auch die Vorfälle von LGBTIQ*-feindlicher Diskriminierung und Gewalt nehmen zu. So dokumentierte die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf im vergangenen Jahr insgesamt sechs Vorfälle, bei denen queere Menschen auf offener Straße bedroht und angepöbelt wurden. In zwei Fällen kam es darüber

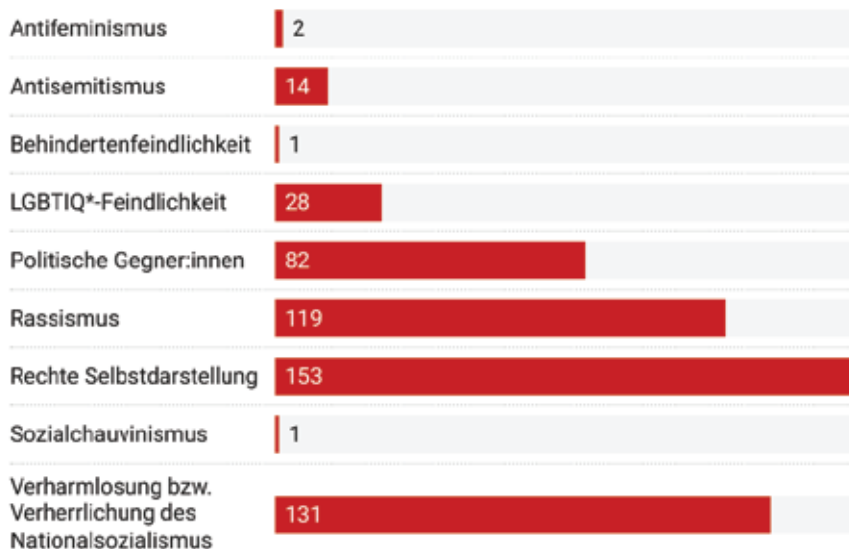
hinaus sogar zu körperlicher Gewalt. Ähnlich wie bei rassistischen Anfeindungen ist jedoch auch im Bereich der LGBTIQ*-feindlichen Diskriminierung von einer hohen Dunkelziffer an Vorfällen auszugehen. Queere Menschen teilten der Registerstelle mehrfach mit, dass sie Vorfälle kaum melden würden, weil diese im Alltag zu gehäuft auftreten würden. Insgesamt geht mit der erhöhten Sichtbarkeit von queerem Leben im Bezirk leider auch ein Anstieg an diskriminierenden Anfeindungen einher. So kam es in den vergangenen Jahren wiederholt zu rechten Aktivitäten gegen die jährliche „Marzahn Pride“. Im Jahr 2023 versuchten beispielsweise zwei bekannte Neonazis aus dem Spektrum vom „III. Weg“ Standbetreiber:innen auf der Pride abzufilmen. Das gezielte Fotografieren von politischen Gegner:innen soll diese einschüchtern. Auch auf dem Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis“ wurden 2023 Standbetreiber:innen aus LGBTIQ*-feindlichen Gründen verächtlich gemacht. Unter anderem zerrissen Unbekannte offensiv Pride-Papier-Flaggen vor einem Informationsstand.

Feindbild Antifaschismus

Im vergangenen Jahr hat ebenfalls die Zahl der Vorfälle zugenommen, bei denen Menschen aufgrund ihrer politischen Aktivität gegen rechts von Anfeindungen betroffen waren. Antifaschist:innen und alternative Jugendliche geraten neben queeren und geflüchteten Menschen verstärkt in das Visier rechter und extrem

rechter Aktivitäten. Dabei werden die Vorfälle zunehmend gewaltvoller. Drei Angriffe und zwölf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gegen Personen, die als politische Gegner:innen angesehen wurden, hat das Register für das Jahr 2023 dokumentiert. Ziel dieser Aktivitäten ist es vor allem, eine (extrem) rechte oder sogar neonazistische Dominanz auf den Straßen herzustellen. Das zeigte sich besonders deutlich im Juli 2023, als eine Demonstration gegen Neonazis und rechte Gewalt in Hellersdorf stattfand. Rund um das Demonstrations-Wochenende wurden 19 extrem rechte Vorfälle an die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf gemeldet. Dazu zählen mehrere rechtsmotivierte Bedrohungen und Pöbeleien gegen Personen, die als Antifaschist:innen angesehen wurden, sowie ein Angriff auf ein alternatives Wohnprojekt. An diesem waren mehrere Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ beteiligt. Dabei bewegte sich laut Augenzeug:innen rund ein Dutzend Neonazis gezielt auf das Wohnprojekt zu. Sie warfen Pyrotechnik sowie weitere Gegenstände und beschädigten dabei Autos von Anwohner:innen. In diesem Zusammenhang wurden zwei Jugendliche kurzzeitig von der Polizei festgenommen. Bereits während der Demonstration kam es wiederholt zu Stör- und Einschüchterungsversuchen von jenen Neonazis, die teilweise später auch beim Angriff auf das Wohnprojekt beobachtet wurden: Die Neonazis begleiteten die Demonstration mit Kameras, um Nahaufnahmen der Demonstrant:innen anzufertigen. Das gezielte Fotografieren von Personen gehört dabei zu den sogenannten „Anti-Antifa“-Methoden (Antifa=Antifaschismus) von Neonazis und gilt der Einschüchterung von politischen Gegner:innen. Als die Störer nach einer Stunde von der Polizei weggeschickt wurden, gingen sie durch angrenzende Seitenstraßen weiter und verfolgten die Demonstration. An mehreren Kreuzungen rannten die Neonazis auf die Demonstrationsteilnehmer:innen zu, um diese anzugreifen. An diesem Beispiel zeigt sich deutlich, dass die Hemmschwelle zur Ausführung von Gewalt nahezu verschwunden ist. Obwohl die Neonazis wussten, dass die Polizei anwesend ist, versuchten sie offensiv Gewalt auszuüben.

Motiv der Vorfälle



Ort der Vorfälle

Gemeldete Vorfälle von 2017 bis 2023

	Biesdorf	Hellersdorf-Nord	Hellersdorf-Ost	Hellersdorf-Süd	Kaulsdorf	Mahlsdorf	Marzahn-Mitte	Marzahn-Nord	Marzahn-Süd	Bezirksweit/Unbekannt	Internet
2023	44	120	63	118	28	35	47	19	30	9	18
2022	22	88	63	50	19	18	44	8	35	2	16
2021	16	52	13	26	8	4	60	17	27	8	10
2020	13	63	18	48	3	5	45	5	22	15	15
2019	7	30	2	13	8	1	43	21	9	18	
2018	10	61	5	5	1	0	19	41	23	16	
2017	11	56	17	4	5	1	41	17	14	21	

Auch im Nachgang des Demonstrations-Wochenendes kam es zu einem weiteren Einschüchterungsversuch, bei dem Neonazis einen ehemaligen Teilnehmer der Demonstration gezielt in seinem privaten Umfeld aufsuchten. Kurz nach dem Wochenende fand der ehemalige Demonstrationsteilnehmer einen Flyer vom „III. Weg“ in seinem Briefkasten vor, obwohl in seinem Wohnhaus keine weitere Person Propaganda erhalten hatte. Einen Tag später entdeckte er erneut einen Aufkleber des „III. Wegs“ in seinem Briefkasten. Die gezielte Einschüchterung von antifaschistisch auftretenden Personen ist eine besorgniserregende Eskalation der politischen Auseinandersetzung, zumal sie nicht selten mit Gewalt einhergeht.

Propaganda im öffentlichen Raum

Trotz des erwähnten Anstiegs an rechten und diskriminierenden Gewalttaten handelte es sich bei einem Großteil der vom Register registrierten Vorfälle auch in 2023 um Meldungen von Propaganda. Dazu gehören beispielsweise Aufkleber, Plakate, Flugblätter oder Graffiti mit diskriminierendem Inhalt. Insgesamt sind über 80% der gemeldeten Vorfälle im Jahr 2023 Propaganda-Vorkommnisse. Im Vergleich zu den Vorjahren lässt sich auch in diesem Bereich ein immenser Anstieg an Meldungen verzeichnen. Dies mag im ersten Moment eher beruhigend wirken, da von solchen Vorfällen keine unmittelbare Gefahr für Menschen auszugehen scheint. Allerdings trägt diskriminierende Propaganda dazu bei, im öffentlichen Raum eine Stimmung der Ausgrenzung zu verbreiten. Rechte und diskriminierende Aussagen sollen auf diese Weise im Straßenbild verankert werden. Dabei dient Propaganda der Ausstellung von Dominanz. Sie soll das „eigene Revier“

markieren, für rechte Inhalte werben und Betroffene einschüchtern. So kommt es unter anderem auch gezielt in Wohnfeldern von Betroffenen zu einer Häufung rassistischer Propaganda-Vorfälle. Nahe des U-Bahnhofes Louis-Lewin-Straße wurden im Laufe des Jahres zehn neonazistische Schmierereien/Ritzereien gemeldet, die sich teilweise in unmittelbarer Nähe zu einer Geflüchtetenunterkunft befanden. Inhaltlich bestanden diese aus rassistischen Beschimpfungen, Hakenkreuzen sowie Slogans, die den Nationalsozialismus verherrlichten.

Der „III. Weg“ nutzt Sticker, Plakate und Graffiti verstärkt, um im Bezirk gezielt demokratische sowie gegen rechts positionierte Veranstaltungen einzuschüchtern. So hängte die Neonazipartei in der Nacht vor der „Marzahn Pride“ mehrere LGBTQI*-feindliche Transparente auf der Wegstrecke der Versammlung auf. Die Botschaft ist deutlich: Menschen, die sich für Vielfalt engagieren, sollen durch die rechte und diskriminierende Propaganda Angst bekommen.

Nicht nur „Der III. Weg“ zeigt verstärkt im Bezirk Präsenz: Ebenfalls gestiegen ist die Anzahl weiterer Neonazi-Schmierereien. 35 – zumeist sehr großflächige – Hakenkreuze wurden im Jahr 2023 in die Registerstelle gemeldet. Im Vergleich zu den Vorjahren steigt die Zahl dieser Schmierereien kontinuierlich an. Sechs mal wurden gezeigte Hitlergrüße im öffentlichen Raum gemeldet. Weitere 46 mal wurde Propaganda aus einem Neonaziversand gemeldet, auf der unter anderem „I ♥ NS“ (NS=Nationalsozialismus) oder „I ♥ HTLR“ (HTLR=Hitler) zu lesen war. Die offenkundigen Bekenntnisse zum Nationalsozialismus wurden regelmäßig sichtbar an verschiedene Bahnhöfe geklebt.

Die massive Propaganda ist ein Hinweis

auf (Sozial-)Räume, die Neonazis für sich beanspruchen wollen. Häufig handelt es sich dabei um Orte, an denen sich die Urheber:innen regelmäßig bewegen, weil sie dort wohnen oder die entsprechenden Räume im Alltag nutzen.

Vorfälle von extrem rechter und diskriminierender Propaganda sowie rechte Demonstrationen oder Informationsstände sind ebenfalls Versuche, ein Klima der Diskriminierung und Ausgrenzung herzustellen. Das kann im schlimmsten Fall den Boden für Gewalt liefern. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in Vorfällen, die an die Registerstelle gemeldet wurden. Nicht selten kommt es an Orten, an denen Neonazis häufig Sticker und Plakate verkleben, verstärkt zu gewalttätigen Übergriffen.

Schwerpunkte der gemeldeten Vorfälle

Die meisten gemeldeten Vorfälle fanden 2023 mit großem Abstand in den drei Hellersdorfer Bezirksregionen statt (Hellersdorf-Süd, -Ost und -Nord). Vor allem in Hellersdorf-Süd gibt es einen massiven Anstieg der Vorfälle. Ein Grund hierfür könnte die Zunahme von Propaganda der Neonazi-Kleinpartei „Der III. Weg“ sein, die unter anderem verstärkt um den U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord gemeldet wurde. In Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Süd fand zudem eine Vielzahl der gemeldeten Bedrohungen (22) sowie ebenfalls mehrere Angriffe (5) statt. Vorwiegend finden solche Übergriffe im öffentlichen Raum in Verkehrsmitteln, auf der Straße oder im Supermarkt statt (siehe Seite 8).

Allerdings wurde im Jahr 2023 auch vermehrt Neonazipropaganda in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf gemeldet. Vor allem an den Bahnstationen in den Regi-

onen wurden im Vergleich zu den vergangenen Jahren verstärkt Neonazi-Sticker verklebt.

Zugleich konnte die Registerstelle aber auch mehr Melder:innen in diesen Regionen gewinnen, die auf die Propaganda aufmerksam machen. In Mahlsdorf kam es darüber hinaus zu drei gemeldeten Angriffen und zwei Bedrohungen. Hierbei handelt es sich in drei Fällen um rassistisch motivierte Taten. In zwei Fällen wurden Personen eingeschüchtert bzw. angegriffen, die Neonaziaufkleber entfernen wollten. Laut des Berichts einer Augenzeugin entfernte eine Person am 05.09.2023 einen neonazistischen Aufkleber am S-Bahnhof Mahlsdorf. Dabei wurde sie von einer Personengruppe zuerst beobachtet, später dann geschubst und bedroht. Erst als die betroffene Person eine andere Person nach Unterstützung fragte und bat, die Polizei zu rufen, verschwanden die Angreifer. Vorfälle wie dieser unterstreichen den Zusammenhang von Propaganda und Gewalttaten.

Wahlkampf und Propaganda im Internet

Anfang 2023 fand die Wiederholungswahl in Berlin statt. Im Verlauf des Wahlkampfes wurden 25 Vorfälle gemeldet, wobei unter anderem mehrfach Wahlplakate mit neonazistischer Propaganda be-

schmiert wurden. Zudem gab es während des Wahlkampfes zwei Flyer-Verteilaktionen der NPD. Die vormalig sehr aktive Neonazipartei wurde mittlerweile in „Die Heimat“ umbenannt und ist im Bezirk weitestgehend bedeutungslos.

Über die Hälfte aller Vorfälle mit Bezug zum Wahlkampf standen in einem direkten Zusammenhang mit der AfD. Unter anderem wurde mehrfach eine Propaganda-Zeitung der Partei im Bezirk verteilt. Die Zeitung bedient rassistische Erzählungen, indem beispielsweise ein unbelegter Zusammenhang zwischen sozialen Problemen, wie Wohnungsnot, und Migration behauptet wird. Zudem verbreiteten lokale AfD-Politiker mehrfach rassistische Beiträge im Internet. Dabei ist ein AfD-Abgeordneter auch außerhalb des Wahlkampfes für den Großteil der gemeldeten Vorfälle im digitalen Raum verantwortlich, die einen Bezug zu Marzahn-Hellersdorf aufweisen.

In Bezug auf diskriminierende Vorfälle registrierte das Marzahn-Hellersdorfer Register im Gesamtjahr insgesamt 28 Meldungen mit direktem Bezug zur AfD. In 15 Fällen handelte es sich um diskriminierende Propaganda und Pöbeleien im Internet. Sieben Fälle waren Wurfaktionen in Briefkästen mit diskriminierenden Inhalten. Sechsmal wurden Aufkleber bzw. Plakate der extrem rechten „Jungen

Alternative“ (kurz: JA), der Jugendorganisation der AfD, gemeldet. In einem Fall gab es eine Veranstaltung mit Redner:innen vom ehemaligen völkisch-nationalistischen „Flügel“ der Partei. Allerdings verlegt die AfD Marzahn-Hellersdorf viele ihrer Aktivitäten, wie die regelmäßigen Stammtische, in das benachbarte Hönöw (Land Brandenburg). Auf diese Weise tauchen diese Veranstaltungen nicht im Marzahn-Hellersdorfer Register auf. Insgesamt ist die AfD somit gerade in Bezug auf eigene Events sehr viel aktiver als es die Zahlen aus dem Bezirk allein nahelegen würden. Im berlinweiten Vergleich ist Marzahn-Hellersdorf ein politischer Schwerpunkt der AfD. Dies schlägt sich auch in den Wahlergebnissen nieder. Bei der Wiederholungswahl erhielt die Partei im Bezirk mit die höchsten Wahlergebnisse in der ganzen Stadt. Zudem konnte sie die einzigen beiden Direktmandate für das Abgeordnetenhaus hier gewinnen. In einigen Wahllokalen in Hellersdorf-Nord und Marzahn-Nord erhielt die AfD über 40% der abgegebenen Stimmen. Allerdings waren dies auch Orte, wo die Wahlbeteiligung auffallend gering war (zumeist unter 30%). Der hohe Stimmenteil der Partei resultiert somit wohl auch in entscheidendem Maße von einem generellen Verlust in die Mitbestimmungsmöglichkeiten demokratischer Politik.



Exkurs:

Marzahn-Hellersdorf als Hot-Spot der Neonazis vom „III. Weg“ Berlin

Bereits die Beispiele in den vorherigen Abschnitten zeigen eine weitere Tendenz. So stehen auch 2023 viele Meldungen diskriminierender und rechter Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf in einem Zusammenhang der Neonazi-Partei „Der III. Weg“. Die Partei ist in ganz Berlin aktiv und momentan die größte organisierte Neonazistruktur der Stadt. Einer der Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit ist Marzahn-Hellersdorf. Im berlinweiten Vergleich werden hier die meisten Aktivitäten der Neonazipartei gemeldet.

Im Jahr 2023 wiesen insgesamt 180 Vorfälle im Bezirk einen Bezug zum „III. Weg“ auf. Bei der genannten Anzahl handelte es sich jedoch nur um solche Aktivitäten, die klar der Neonazipartei zuzuordnen sind, indem beispielsweise Plakate mit deren Werbung verklebt wurden. Es ist davon auszugehen, dass es eine höhere Dunkelziffer an Vorfällen gibt, da Parteimitglieder wahrscheinlich auch extrem rechte Sticker ohne einen Bezug zum „III. Weg“ verkleben.

Wer ist der „III. Weg“?

Die Partei „Der III. Weg“ wurde 2013 in Süddeutschland gegründet. Dieser Schritt war das Resultat vom Verbot mehrerer Neonazi-Kameradschaften und Richtungsstreitigkeiten in der NPD. Mit der Partei sollte eine Neonazi-Struktur geschaffen werden, die nicht so leicht verboten werden kann. Seit 2015 ist der „III. Weg“ auch in Berlin aktiv und entwickelte sich zu einem Sammelbecken aktiver Neonazis. Teilweise wurden Neonazi-Kader, die jahrelang nicht mehr öffentlich wahrnehmbar waren, in den letzten Jahren wieder beim „III. Weg“ aktiv.

Die Partei versteht sich selbst als Kader-Organisation. Nur Personen mit einer gefestigten neonazistischen Weltanschauung werden als Mitglieder aufgenommen. Zudem müssen sich Aktivistinnen und Aktivisten zunächst bewähren, bevor sie in die Partei aufgenommen werden können. Eine politische Diskussion mit solchen überzeugten Neonazi-Kadern, zum Beispiel an einem Informationsstand oder in einer sozialen Einrichtung, ist vor diesem Hintergrund nicht zielführend. Das Auftreten vom „III. Weg“ ist geprägt von

einheitlicher Kleidung zur Ausstellung der eigenen Überzeugung. Auch im Alltag tragen sie oftmals das Logo der Partei prominent auf T-Shirts, Pullovern und Jacken oder etwas unauffälliger als Buttons.

Der „III. Weg“ sieht sich selbst als „nationalrevolutionär“. Politische Veränderung strebt die Partei nicht über demokratische Beteiligung an. Stattdessen organisiert der „III. Weg“ Neonazis für einen politischen Umsturz. Ein wichtiger Orientierungspunkt ist dabei die Ästhetik und Ideologie des historischen Nationalsozialismus.

Die römische „III“ steht für die drei Säulen der Parteiarbeit: Der politische Kampf (u. a. Informationsstände), der kulturelle Kampf (u. a. Ausflüge zu historischen Orten) und der Kampf um die Gemeinschaft (u. a. Lagerfeuerabende). Zudem hat der „III. Weg“ mehrere bundesweit aktive Arbeitsgruppen. Dazu zählen unter anderem die sogenannte „AG Körper & Geist“, die Kampfsporttrainings und Leistungsmärsche organisiert. Teilweise finden die Trainingseinheiten auch im öffentlichen Raum, in Parks oder an Fitness-Geräten, wie Calisthenics-Parks, statt.

Vermeehrt Neonazi-Graffiti in Marzahn-Hellersdorf

Ein wichtiger Aspekt des angestrebten „kulturellen Kampfes“ der Partei ist die Herstellung einer rechten Dominanz auf der Straße. Indem der „III. Weg“ regelmäßig Plakate aufhängt, Sticker verklebt und Graffiti sprüht, beansprucht er Räume für sich und markiert sie neonazistisch.

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 36 Schmierereien mit Bezug zum „III. Weg“ in Marzahn-Hellersdorf gemeldet. Zehn davon befanden sich in der Zossener Straße, wo es eine Reihe legaler Graffiti-Wände gibt. Von der Straße sind die Aktivitäten an diesen Wänden nur schwer einsehbar. Deshalb nutzt der „III. Weg“ den Ort häufiger, sodass sich Parteimitglieder beim Sprühen ausprobieren können. In den vergangenen Jahren kamen beispielsweise öfter größere Gruppen von Jugendlichen aus dem Parteispektrum aus ganz Berlin nach Hellersdorf, um hier das Graffiti Sprühen zu lernen. Zudem wird die Zossener Straße seit Jahren für Werbezwecke der Neonazipartei genutzt. Teilweise treffen sich rund zwei Dutzend Parteimitglieder vor Ort, um vor den Graffiti Wänden für Gruppenfotos zu posieren.

Daneben nutzte der „III. Weg“ im Jahr 2023 auch eine Graffitiwand nahe des Skateparks an der Wuhletalstraße in Marzahn für Propagandabilder. In Mahlsdorf wurden 2023 Sprühereien mit Bezug zum „III. Weg“ zudem nahes eines Supermarktes sowie an einer Grundschule gemeldet.

Neonazistische Jugendliche auf Mitgliedersuche vor Schulen

Doch nicht nur mit Graffiti versucht der „III. Weg“ gezielt Jugendliche anzusprechen. Im Oktober 2023 verteilten zwei Neonazis aus dem Parteispektrum vor einer Schule in Biesdorf Propaganda. Insgesamt ist in mehreren Ostberliner Bezirken zu beobachten, dass vornehmlich junge Parteikader versuchen, Schüler:innen für die Neonaziorganisation anzuwerben. Dabei ist es dem „III. Weg“ in den vergangenen Jahren gelungen, eine eigenständige Jugendstruktur in Berlin aufzubauen. Sie trägt den Namen „Nationalrevolutionäre Jugend“. Ihr Kürzel „NRJ“ findet sich auch bei Sprühereien im öffentlichen Raum. Im Kern besteht die Jugendgruppe momentan aus rund 20 bis 25 Personen im Alter zwischen zwölf und 25 Jahren.

Gewaltbereitschaft in Hellersdorf steigt

Auf diese Weise sollen junge Menschen an einen militanten Neonazismus herangeführt werden. Nicht nur ältere Mitglieder vom „III. Wegs“ sind für ihre Gewaltbereitschaft bekannt. Auch Anhänger der Parteijugend sind auch in der Region Hellersdorf immer wieder durch Angriffe und Bedrohungen aufgefallen. Die Gewalt kann sich dabei gegen alle Menschen richten, die nicht in das neonazistische Weltbild passen. Queere oder geflüchtete Menschen sind genauso betroffen wie Menschen, die sich für Vielfalt einsetzen. Oftmals finden solche Übergriffe unvermittelt im öffentlichen Raum statt. Teilweise treffen sich Mitglieder der Partei aber auch gezielt, um Menschen anzugreifen, zum Beispiel um Teilnehmende von Demonstrationen gegen rechts bei der Anreise abzufangen. Dementsprechend geht vom „III. Weg“ ein enormes Bedrohungspotential aus, das aufgrund ihrer kontinuierlichen Jugendarbeit auch in den nächsten Jahren hoch bleiben wird.

Fazit des Registerberichtes

Die gemeldeten Vorfälle im Jahr 2023 zeigen, dass Diskriminierung und (extrem) rechte Ausgrenzung weiterhin sehr verbreitet in Marzahn-Hellersdorf sind. Seit einigen Jahren steigt die Zahl der erfassten Meldungen besonders im Bereich der Propagandaaktivitäten an. Im Jahr 2023 hat insbesondere auch die Zahl der Gewalttaten massiv zugenommen. Besonders betroffen sind hiervon queere Menschen, Menschen, die rassistisch abgewertet werden, und Personen, die offen für Vielfalt und Toleranz eintreten. Diese zunehmende Polarisierung des gesellschaftlichen Klimas und die damit verbundene Eskalation der politischen Auseinandersetzung ist besorgniserregend. Einen

Anteil daran hat sicherlich die Politik der AfD, die nicht nur in Berlin, sondern auch bundesweit einen Schwerpunkt ihrer Arbeit im Bezirk Marzahn-Hellersdorf setzt. Zudem wird jedoch auch die Neonaziszene im Bezirk wieder aktiver. Vor allem die Kleinstpartei „Der III. Weg“ nutzt Marzahn-Hellersdorf als Rückzugsort, um gerade auch Jugendliche an eine neonazistische Organisation heranzuführen. Vor diesem Hintergrund bedarf es weiterer Anstrengungen, um die vielfältigen Ansätze für ein solidarisches Zusammenleben im Bezirk Marzahn-Hellersdorf auch in Zukunft zu stärken und gemeinsam gegen Diskriminierung und rechte Ausgrenzung einzustehen.

Melde Diskriminierung und extrem rechte Aktivitäten an die Registerstelle Marzahn-Hellersdorf!

Email: register-mh@stiftung-spi.de

Instagram: [registermahe](#)

Telefon: 0172 869 54 97

Homepage: [berliner-register.de](#)



Die Arbeit des Integrationsbüros Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2023

Irina Warkentin und Anne Jerzak



Für das Integrationsbüro brachte das Jahr 2023 große **personelle Veränderungen**. Prof. Dr. Thomas Bryant, der seit 2015 als Integrationsbeauftragter tätig war, nahm eine neue berufliche Perspektive bei der Integrationsverwaltung des Berliner Senat an. Sein feierlicher Abschied am 30.09.2023 fiel zusammen mit der Abschlussveranstaltung der interkulturellen Tage Ende September. Zum 1. November 2023 trat die neue Integrationsbeauftragte Irina Warkentin ihren Dienst an. Auch im Bereich der Flüchtlingskoordination gab es personelle Veränderungen. Susan Hermenau verabschiedete sich im September 2023 in eine berufliche Auszeit und Anne Jerzak führte den Aufgabenbereich weiter.

Das neue Team im Integrationsbüro Marzahn-Hellersdorf stellt sich vor:

Irina Warkentin – Beauftragte für Partizipation und Integration

Ich bin im Bezirk Marzahn-Hellersdorf aufgewachsen und kam 2009, direkt nach dem Studium der Erziehungswissenschaften an der FU-Berlin, zum Quartiersmanagement Hellersdorfer Promenade. Seit 2018 übernahm ich die Leitung des Quartiersmanagement-Teams. Meine Arbeit als Quartiersmanagerin war sehr vielfältig, mein besonderer Schwerpunkt lag auf der Arbeit mit und für Menschen mit Migrationsgeschichte; insb. der Deutschen aus Russland; später mit der Einrichtung der GUs im Bezirk erweiterte sich der Fokus

auf Menschen mit Fluchtgeschichte. Im Sommer 2021 wechselte ich in das Bezirksamt-Marzahn Hellersdorf und übernahm dort die Aufgaben der Koordinatorin für das Nachbarschaftsprogramm BENN – Berlin entwickelt neue Nachbarschaften. Seit November 2023 bin ich nun in einer neuen Funktion im Bezirksamt tätig – Beauftragte für Partizipation und Integration. Als Hauptansprechpartnerin für alle Fragen, die mit Migration, Integration, Antidiskriminierung, Vielfalt, Toleranz und interkultureller Öffnung des Verwaltungshandelns zusammenhängen, möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, Marzahn-Hellersdorf als „Ort der Vielfalt“ zu bewahren und weiterzuentwickeln. Dabei kann ich auf viele bereits aufgebaute und etablierte Strukturen, Netzwerke und die soziokulturelle Infrastruktur zurückgreifen, die Herr Prof. Dr. Bryant initiiert hat. Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren im Bezirk, die tagtäglich ihre verschiedenen Kompetenzen einsetzen, um an verschiedenen Stellen Integration mitzugestalten.

Anne Jerzak - Koordinatorin für Flüchtlingsfragen

Ich bearbeite Themenfelder der Unterbringung, Integration und Antidiskriminierung geflüchteter Menschen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Mein Ziel ist es, eine erfolgreiche Kommunikation auf Bezirksebene – innerhalb der Gremien und Fachämter, jedoch auch zu den Sammelun-

terkünften, Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Asylsuchenden selbst – zu etablieren und auszubauen. Das Arbeitsgebiet umfasst die Koordinierung von Netzwerk- und Unterstützungsstrukturen sowie die Entwicklung und Kontrolle adäquater Qualitätsstandards für Unterbringung und Betreuung. In ressort- und bezirksübergreifenden Runden vertrete ich die Interessen von Marzahn-Hellersdorf, erarbeite Konzepte und Lösungsvorschläge und berate relevante Gremien, Betreiber, Träger, Netzwerke und Initiativen.

Der Bezirksbeirat für Partizipation und Integration

Im Fokus des diesjährigen Berichts steht das **Thema Beteiligung**. Beteiligung ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Es geht darum, dass jede Stimme zählt, dass jede Meinung gehört wird und dass jede:r Bürger:in die Möglichkeit hat, aktiv an der Gestaltung seiner/ihrer Gemeinschaft teilzunehmen. In Marzahn-Hellersdorf fördern wir die Beteiligung unserer Bürgerinnen und Bürger und bieten ihnen eine Plattform, um ihre Anliegen einzubringen. Eine Möglichkeit der Beteiligung für Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte bietet der bezirkliche Beirat für Partizipation und Integration (Integrationsbeirat).

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat **als einer der ersten Bezirke einen Integrationsbeirat** eingeführt. Mit der Verabschiedung des Berliner Partizipationsgesetz (PartMigG - ein Gesetz zur Förderung der

Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin) im Jahr 2021 ist die Einrichtung eines Bezirksbeirates für Partizipation und Migration gesetzlich verankert. Der Bezirksbeirat hat folgende Aufgaben:

- er dient als **Beratungs- und Empfehlungsgremium** für die Bezirksverwaltung in Fragen der Integration und Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte
- der Bezirksbeirat soll die **Interessen und Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund** auf lokaler Ebene vertreten
- er arbeitet an der **Förderung der gleichberechtigten Teilhabe** von Personen mit Migrationsgeschichte in allen Bereichen der sozialen, kulturellen, ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Lebens.

Der Bezirksbeirat ist ein ehrenamtliches Gremium und setzt sich aus engagierten Mitgliedern verschiedener kultureller Hintergründe zusammen, die sich für die Belange von Migrant:innen sowie für eine offene und inklusive Gesellschaft einsetzen. Ihre vielfältigen Erfahrungen und Perspektiven bereichern unsere Arbeit und tragen dazu bei, Lösungen für die Herausforderungen der Integration zu entwickeln. Damit spielt er eine zentrale Rolle bei der Förderung von Integration und interkulturellem Zusammenleben in unserem Bezirk.

Der derzeit amtierende Bezirksbeirat hat sich im Dezember 2022 konstituiert und besteht aktuell aus 14 berufenen Mitgliedern. Die Sitzungen des Bezirksbeirates finden monatlich (außer in der Sommerpause) statt und sind in der Regel öffentlich. Das heißt Interessierte sind stets herzlich eingeladen an den Sitzungen teilzunehmen und sich aktiv einzubringen! Aus dem Bezirksbeirat wurden darüber hinaus zwei Arbeitsgruppen gegründet: AG Nachbarschaften und Vielfalt und AG Frauen und Migration. Die Arbeitsgruppen stehen ebenfalls allen Interessierten offen. Die AG Sprecherinnen freuen sich über Zuwachs! In den Arbeitsgruppen widmen sich die Bezirksbeiratsmitglieder sowie interessierte Teilnehmer:innen konkreten Themen und Aufgaben. Wenn es erforderlich ist, werden Anliegen konkret angepackt. So wurde bspw. die AG Nachbarschaften und Vielfalt im Sommer von einem Träger, der eine ASOG-Unterkunft im Bezirk betreibt, bei einem Nachbarschaftskonflikt um Unterstützung gebeten. Dieser Bitte kam die AG sehr engagiert nach! Gemeinsam mit dem Integrationsbüro, weiteren Vertreter:innen aus der Verwaltung, dem Betreiber der Unterkunft wurde ein Nachbarschaftsdialog vorbereitet und durchgeführt. Es war ein erster Schritt, um die Situation rund um die ASOG-Unterkunft und die Nachbarschaft zu eruieren. Im Anschluss an den Nachbarschaftsdialog wurden

weitere Schritte unternommen, um etwas Entspannung im Nachbarschaftskonflikt herbei zu führen. Die AG ist weiterhin im Kontakt mit der Unterkunft und der Nachbarschaft. Als Integrationsbüro sind wir der AG Nachbarschaft und Vielfalt sehr dankbar, dass sie sich dieser herausfordernden Aufgabe angenommen haben und mit viel Einsatz und Einfühlungsvermögen mit Lösungsansätzen beschäftigt. Die Arbeit des Bezirksbeirates ist von großer Bedeutung für die Förderung einer inklusiven und vielfältigen Gesellschaft in Marzahn-Hellersdorf. Durch ihr Engagement und ihre Initiative tragen die Mitglieder des Bezirksbeirates maßgeblich dazu bei, dass unser Bezirk ein Ort ist, an dem alle Menschen willkommen sind und sich zuhause fühlen können. An dieser Stelle, danken wir dem Bezirksbeirat und allen, die sich für Integration und interkulturelles Zusammenleben in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, für ihr wertvolles Engagement und ihre unermüdliche Arbeit.

Kontakt

Integrationsbüro Marzahn-Hellersdorf
Alice-Salomon-Platz 3
12627 Berlin

Tel.: (030) 90293- 20 62

E-Mail: integrationsbuero@ba-mh.berlin.de



Übersicht über durch die Partnerschaften geförderte Demokratieprojekte 2023

Hannes Obens, Corinna Meukow und Chimara Chester
Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf

Die Partnerschaft für Demokratie Marzahn 2023

In der Übersicht finden Sie, welche spannenden Projekte die Partnerschaft für Demokratie Marzahn 2023 aus ihrem Aktions- und Initiativfonds gefördert hat. Das Jugendforum Marzahn wurde 2023 fachlich und administrativ durch den Träger Roter Baum e. V. begleitet und von der Partnerschaft für Demokratie Marzahn in

Höhe von 11.000 € gefördert. Es steht für alle jungen Menschen offen, die sich in Marzahn für Demokratie und Solidarität einsetzen möchten. Der Fonds für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation und Vernetzung wurde u.a. für die Demokratiekonferenz genutzt. Diese fand 2023 in Form einer Lesung der mehrfach prämierten Autorin Anke Stelling und eines anschließenden Gesprächs mit weiteren Expert:innen

zum Thema „Herkunft – Klasse - Status“ statt. Weitere Informationen zu der Partnerschaft für Demokratie Marzahn und ihren Projekten finden Sie online unter: demokratie-mh.de/partnerschaft-marzahn

Projektname	Inhalt	Fördersumme	Träger
Träger für Aktionsfonds für Kleinprojekte in Marzahn	Fonds für Bürger:innen, die sich mit ihren Ideen einbringen wollen	15.000 Euro	Wir fördern Engagement e. V.
Bandarbeit/ Musikworkshop	Format zur Geschlechtergleichstellung und Stärkung von Geschlechtervielfalt	6.000 Euro	Die Klinke/Kinderring Berlin e. V.
Solidarischer Kiez an der Poelchaustraße	Vielfältige Angebote im Kiez zur Stärkung des nachbarschaftlichen Lebens für Demokratie und Toleranz	5.900 Euro	Die Klinke/Kinderring Berlin e. V.
Straßenfest zur Sichtbarkeit queerer Menschen	Empowerment von u. a. russischsprachigen queeren Menschen auf der „Marzahn Pride“	7.800 Euro	Quarteera e. V.
Stammtischkämpfer*innen-Seminare	Empowerment von Marzahner:innen im Umgang mit rassistischen und diskriminierenden Äußerungen	7.000 Euro	VVN-BdA
Gemeinsam eins sein II	Künstlerische Bewegungsangebote für Kita- und Grundschulkin- der zur Stärkung von Toleranz und im Umgang mit Rassismus	15.000 Euro	GrenzKultur gGmbH/Cabuwazi
Stark auch ohne Muckis	Stärkung von gewaltfreier Kommunikation und Erweiterung von Medienkompetenzen von Grundschulkindern	11.000 Euro	Jost e. V./ Johann-Strauß-Schule
Nicht allein	Förderung von Selbsthilfe-Formaten für von Armut bedrohten Menschen	15.000 Euro	DRK-Kreisverband Berlin-Nordost e. V.
Mein Marzahn, dein Marzahn! – Kinder reden mit	Projektwochen mit 5. und 6. Klässler:innen zu Kinderrechten und politischer Mitbestimmung	12.700 Euro	Schlaglicht e. V.
Gesamt		95.400 Euro	

Die Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf 2023

Die Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf hat 2023 elf Projekte aus ihrem Aktions- und Initiativfonds gefördert. Mehr zu diesen finden Sie in der untenstehenden Tabelle. Das Jugendforum Hellersdorf wurde 2023 fachlich und administrativ durch den Träger Roter Baum e. V. begleitet und von der Part-

nerschaft für Demokratie Hellersdorf in Höhe von 11.000 € gefördert. Es steht für alle jungen Menschen offen, die sich in Hellersdorf für Demokratie und Solidarität einsetzen möchten. Der Fonds für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation und Vernetzung wurde auch für die Demokratiekonferenz genutzt, welche 2023 den Titel „Rückkehr nach Hellersdorf“ trug. Es wurde der Film „Kalle Kosmonaut“

präsentiert und anschließend ein Gespräch u.a. mit der Filmemacherin und dem Protagonisten zur Bedeutung der sozialen Herkunft geführt. Weitere Informationen zu der Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf und ihren Projekten finden Sie online unter: demokratie-mh.de/partnerschaft-hellersdorf

Projektname	Inhalt	Fördersumme	Träger
Schöner Leben ohne Nazis 2023	Das 15. Jubiläum des bezirklichen Demokratiefests	15.000 Euro	Roter Baum Berlin UG
Aktionsfonds der Partnerschaften für Demokratie Hellersdorf	Fonds für Bürger:innen, die sich mit ihren Ideen einbringen wollen	12.000 Euro	Roter Baum Berlin UG
Wir machen mit!	Projekt der Grundschule zum Thema Klassenrat	6.500 Euro	Förderverein Pustebblume-Grundschule e. V.
SichtbarMachen - Antisemitismus im Alltag	Workshops und Aktionen zum Thema Antisemitismus	15.000 Euro	Babel e. V.
Wurzelgarten Hellersdorf	Förderung eines belebten und diskriminierungssensiblen Kiezlebens	8.000 Euro	KuDePo e. V.
Empowerment through body and voice	Trainingsangebot im Umgang mit Sexismus und Rassismus	6.000 Euro	KuDePo e. V.
Cotti.Für.Alle 2023	Veranstaltung zur Stärkung von Anwohner:innen rund um den Cottbusser Platz sowie für Toleranz und Vielfalt	5.000 Euro	pad gGmbH
Klassismus - sehen, erzählen, entgegenwirken	Veranstaltungsreihe zu Klassismus	10.000 Euro	pad gGmbH
Human library	Biografiearbeit zu verschiedenen Formen von Diskriminierung	7.000 Euro	eastend – berlin e. V.
B.A.T. mobil - engagiert. politisch.vorort	Nachbarschaftliches Begegnungsprojekt zur Stärkung demokratischer Beteiligung	5.450 Euro	Roter Baum Berlin UG
Die gestiefelte Katze und der Prinz auf der Erbse – Märchen neu erzählen	Entstehung von Trickfilmen an der Conrad-Wachmann-Schule zur Stärkung von Geschlechtergleichstellung und -vielfalt	5.450 Euro	Trickmisch e. V.
Gesamt		95.400 Euro	

€

Schwerpunktthema: Beteiligung

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Aktuelle politische Diskurse und Entwicklungen zeigen: Die Demokratie in Deutschland steht vor enormen Herausforderungen. Der Artikel der Registerstelle, Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse, Diskurse in lokalen Gruppen sozialer Medien u.v.m. machen deutlich, dass diese Entwicklung auch vor Marzahn-Hellersdorf nicht Halt macht. Im Gegenteil, in einigen Sozialräumen unseres Bezirkes haben antidemokratische Strömungen besonders hohen Auftrieb. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, eine demokratische und menschenrechtsorientierte Kultur zu wahren, müssen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sich diesen Herausforderungen stellen.

Demokratiedistanz und ein Zunehmen menschenfeindlicher Einstellungen und Aktivitäten müssen aktiv bearbeitet werden. Dies bedarf einer genauen Analyse und Erarbeitung von passenden Handlungsstrategien. Vorhandene Analysen, zum Beispiel von der Bundeszentrale für politische Bildung, machen einen Zusammenhang von Demokratiedistanz mit der Lebenslage deutlich. Benachteiligte Menschen, in prekären Situationen lebende, aber auch von Diskriminierung betroffene Menschen haben weniger Vertrauen in die Demokratie. Nach wie vor zeigt sich auch ein Unterschied zwischen Ost und West. Betrachtet man Sozialdaten, Wahlverhalten und Analysen zu menschenfeindlichen Vorfällen zeigt sich der Zusammenhang auch für Marzahn-Hellersdorf. Was also kann man tun, um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken?

In Deutschland verstehen viele in erster Linie unter Demokratie die Form der repräsentativen Demokratie, also der Ausübung politischer Entscheidungen durch gewählte Volksvertreter*innen. Wer im Beruf schon einmal eine Urlaubsvertretung hatte, weiß, um erfolgreich vertreten zu können, bedarf es guter Kommunikation. Die vertretende Person muss ordentlich in die Aufgaben eingewiesen werden. Umgekehrt muss sie an die im Urlaub befindliche Person kommunizieren, was sie leisten kann und was nicht. Findet die Kommunikation nicht statt oder hat die Vertretung keine Ressourcen, bleiben die Aufgaben liegen. Passiert dies, muss wiederum das weitere Arbeitsumfeld darüber informiert werden, um mit der Situation umgehen zu können. Abwesenheitsnotizen im Mailprogramm sind eine Form, dies zu tun. Auf unsere Demokratie übertragen heißt dies, dass die Kommunikation zwischen Regierung und Gesellschaft enorm wichtig ist. Genau hier liegt eine der Stellschrauben, Demokratiedistanz entgegenzuwirken. Die Kommunikation über Parteiprogramme und (darauf basierende) Kreuze auf Wahlzetteln reichen nicht aus für eine aktive, lebendige Demokratie. Vielmehr braucht es einen kontinuierlichen Austausch über Ideen, Aktivitäten, Kompromisse sowie über Beschränkungen und Komplikationen im politischen Handeln. In der Politikwissenschaft findet sich dieser Aspekt im Konzept der externen politischen Effektivität, auch Responsivitätsgefühl genannt: Einfacher ausgedrückt geht es dabei um Vertrauen in das politische System und dessen Akteur*innen. Noch besser ist es, wenn die Kommuni-

kation nicht einseitig stattfindet, sondern kontinuierlich Ideen und Erwartungen der Bevölkerungen einbezieht. Das Vertrauen von Bürger*innen in die eigenen Fähigkeiten, Politik zu verstehen und beeinflussen zu können, finden sich im Konzept der internen politischen Effektivität. Dieses Konzept verweist auf ein weiteres Instrument gegen Demokratiedistanz, nämlich Teilhabe. Gelebte Partizipation, also das Einbeziehen in Willensbildung und Entscheidungen, ermöglicht Begegnung und Austausch, Wissenserwerb, das Erlernen von Aushandlungsprozessen sowie das Erleben von Selbstwirksamkeit. Die Wahl von politischen Vertreter*innen ist dabei nur eine Form von Beteiligung und für viele Personen zunehmend unattraktiv. Zudem sind viele Menschen von politischen Wahlen aufgrund ihres Alters, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Gesundheit o.a. ausgeschlossen. Jedoch sind auch diese Menschen Teil unserer Gesellschaft und damit unserer Demokratie. Auch sie haben ein Recht und die Pflicht, das demokratische Zusammenleben zu gestalten. Dafür müssen sie ebenso wie alle Wahlberechtigten Kompetenzen entwickeln. Umgekehrt müssen die politischen Vertreter*innen auch die Rechte und Bedürfnisse dieser Menschen kennen und in ihrem Handeln mitdenken. Politische Teilhabe ist also neben gesellschaftlicher Teilhabe nur ein Instrument, das Zusammenleben in einer Demokratie zu gestalten. Beides beeinflusst einander. Gesellschaftliche Partizipation zu fördern und zu gestalten ist ebenfalls Aufgabe von Politik, Verwaltung und schließlich auch der Zivilgesellschaft. Um die Vielfalt von Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen, Partizipations-

prozesse zu fördern und ihre Bedeutung zu unterstreichen, hat die Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung beschlossen, den Demokratiebericht 2023 ausführlich diesem Thema zu widmen. Anlass gaben auch aktuelle Entwicklungen wie die Erarbeitung der bezirklichen „Leitlinien für die Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung“ sowie die Einrichtung des damit einhergehenden Bezirklichen Raums für Beteiligung im vergangenen Jahr. Der Prozess um die Erstellung des Aktionsplans zur „Kinderfreundlichen Kommune“, der in diesem Frühjahr veröffentlicht wurde und die Rechte und Bedürfnisse der Kinder in Marzahn-Hellersdorf stärker im Handeln von Politik und Verwaltung verankern soll, war ein weiterer Grund, das Thema Partizipation in den Fokus zu nehmen. Es gibt viele weitere Gründe, warum wir dieses Thema beleuchten wollen, die wir an dieser Stelle nicht alle aufzählen können. Vielmehr möchten wir im Folgenden einigen Beteiligungsprojekten den Raum geben, sich zu präsentieren. Sie verdeutlichen die Vielfalt an Möglichkeiten, das gesellschaftliche Zusammenleben zu gestalten. Sie zeigen die Bedeutung von Partizipation und was diese braucht, um erfolgreich sein zu können.

Wir freuen uns über Anregungen, Kritik und Diskussionsbeiträge zu unserem Themenschwerpunkt. Bitte schreiben Sie via Mail an die Koordinierungsstelle: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de – Viel Spaß beim Lesen!



Bezirklicher Raum für Beteiligung

Interview

Bitte stellen Sie kurz den Bezirklichen Raum für Beteiligung (BRB) vor.

Die 2019 beschlossenen Leitlinien für Bürger:innenbeteiligung für Berlin und das 2021 vereinbarte Umsetzungskonzept geben vor, dass es sowohl einen Zentralen Raum für Beteiligung für ganz Berlin gibt (ZRB) – als auch Räume für Beteiligung in allen Bezirken.

Diese haben eine Lotsenfunktion, sie informieren und vernetzen sowohl Verwaltung als auch Bürger:innen über Beteiligungsformate und -möglichkeiten und sind außerdem Rat- und Impulsgebende sowie mit der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Beteiligung betraut.

Wer soll sich beteiligen können? Woran kann sich beteiligt werden? Wie ist eine Beteiligung möglich?

Wir sind aktuell noch im Aufbau. Unser Ziel ist es, die Leitlinien für Bürger:innenbeteiligung in unserem Bezirk umzusetzen – das heißt unter anderem, Beteiligung sowohl für die Bürger:innen als auch für die Verwaltung in Marzahn-Hellersdorf transparenter und zugänglicher zu machen.

Bei uns erhalten Interessierte zukünftig neben Informationen zu bestehenden Netzwerken und Anlaufstellen zum Thema Beteiligung in Marzahn-Hellersdorf auch Unterstützung oder Beratung rund um das Thema Beteiligung in Marzahn-Hellersdorf. Außerdem sind wir mit Rat und Tat da, wenn Menschen selbst aktiv werden möchten.

Warum und wofür gibt es bei Aufgaben der Bezirksverwaltung die Möglichkeit zur Beteiligung oder anders gefragt: Wo sehen Sie einen Gewinn?

Beteiligung passiert ja auf mehreren Ebenen – mal ist es die Gewährleistung von Transparenz durch Information, mal ist es ein einzelner Aspekt eines Vorhabens, mal die gesamte Ausrichtung eines Vorhabens, bei dem Mitsprache möglich oder sogar mitentscheiden machbar ist. Grundsätzlich ist das lokale und intersektionale Wissen gewinnbringend und für jeden Prozess interessant.

Gleichzeitig gibt es viele Bereiche in Bezirksverwaltungen, die durch enge Gesetzes- oder Planungsvorgaben weder große Beteiligungsspielräume noch Ermessensräume zulassen. Das gilt teilweise auch für Vorhaben und Maßnahmen der Stadtentwicklung. Ein Gewinn für Bürger:innen und Verwaltung kann es also schon sein, offen auf Prozesse zu schauen, gewohnte Wege zu hinterfragen und so das ein oder andere Vorhaben mehr zu finden, das Beteiligung ermöglicht. Einfach Transparenz herzustellen.

Was sind aus Ihrer Sicht Erfolgsfaktoren für gelingende Beteiligungsprozesse?

Ehrlichkeit! Es schadet der Glaubwürdigkeit wenn Bürger:innenbeteiligung angekündigt wird und dann nicht umgesetzt wird. Das schadet auch langfristig dem Vertrauen in demokratische Prozesse. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für gelungene

Beteiligungsprozesse ist also Kommunikation. Es sollte klar erkennbar sein, wer angesprochen wird, welche Verbesserungen oder Belastungen mit einem Vorhaben verbunden sind, welche Gestaltungsspielräume es für die Bürger:innen gibt. Gleichzeitig ist lernende Beteiligung wichtig – wenn sich die Möglichkeit ergibt, sollte eine kritische Reflektion auf jedes Projekt folgen.

Als Raum für Beteiligung führen wir nicht selbst Beteiligungsverfahren durch – wir beraten und unterstützen die zahlreichen im Bezirk bestehenden Strukturen, Institutionen und Netzwerke aber gerne und können auch – beispielsweise mit unserem Beteiligungsrad – mit Leihgaben unterstützen.

Welche Herausforderungen nehmen Sie bei der Ermöglichung von Beteiligung wahr?

Es gibt sowohl in der Verwaltung als auch bei Projektentwickelnden und bei Bürger:innen Vorbehalte und Ängste im Zusammenhang mit Bürger:innenbeteiligung. Teils wird Beteiligung als Wagnis gesehen, das sowohl Zeitabläufe als auch Kosten beeinflussen kann. Auch hier kann ehrliche Kommunikation ein Ventil sein und zu einem erfolgreichen Beteiligungsverfahren führen, dass die Akzeptanz einer Baumaßnahme, einer Baustelle oder eines Bauvorhabens erhöht – und damit Zeitabläufe und Kosten eher positiv beeinflusst. Investor:innen können außerdem beispielsweise von lokaler Expertise profitieren.



Für den Bezirklichen Raum für Beteiligung war ein öffentliches Vor-Ort-Büro geplant. Aufgrund von Einschränkungen im Haushalt wird der Raum nun doch nicht in Ma-He angesiedelt sein. Was bedeutet das für Ihre Arbeit?

Der Raum für Beteiligung Marzahn-Hellersdorf soll Anlaufstelle für einen sehr diversen und weiträumigen Bezirk sein. Eine feste Anlaufstelle betrachten wir daher ohnehin nicht als sinnvoll. Genau so wenig feste Sprechzeiten. Der Raum für Beteiligung Marzahn-Hellersdorf wird ansprechbar sein. Per Mail, telefonisch, gerne auch bei einem Termin vor Ort in unserem kleinen Büro im Bezirksamt an der Premnitzer Straße – und unterwegs.

Mit unserem Beteiligungsrat wollen wir zukünftig zu den Menschen radeln und dort ansprechbar sein. Bei Stadtfesten beispielsweise.

Können Sie von den vielfältigen Erfahrungen der anderen Bezirke profitieren? Gibt es einen berlinweiten Austausch, um voneinander zu lernen?

Es gibt zwei tolle Austauschformate. Eins für alle Beteiligten der bezirklichen Räume für Beteiligung und des Zentralen Raums für Beteiligung – dort findet ein Austausch zwischen den Beteiligungsbüros und der Verwaltung statt. Ein weiteres für die zivilgesellschaftlichen Akteure. Diese finden ein paar Mal im Jahr statt

und helfen dabei von gemachten Erfahrungen zu profitieren und geben auch die Möglichkeit, Maßnahmen oder Projekte gemeinsam anzustoßen.

Die Fragen wurden von der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf gestellt.

Anne Fuchs – Raum für Beteiligung
Nadja Zivkovic – Bezirksbürgermeisterin Marzahn-Hellersdorf
Doreen Bodeit – Leiterin Sozialraumorientierte Planungscoordination

Kontakt: www.berlin.de/mh-dialog und www.berlin.de/mh-spK

Bürger*innenräte als Möglichkeit der Partizipation

Interview mit Raiko Hannemann von der Initiative „Demokratie. Gerechtigkeit. Bürgerräte Marzahn-Hellersdorf“

Bitte stellen Sie kurz die Idee des Projekts der Bürger*innenräte vor. Welche Bedeutung hat der Aspekt der Beteiligung dabei?

Mit dem BüRa soll ermöglicht werden, dass die bestehenden demokratischen Strukturen ergänzt werden durch das vielfältige Erfahrungswissen der Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort. Das Prinzip der repräsentativen Demokratie soll nicht ersetzt, sondern im Gegenteil gestärkt werden, indem mehr Menschen aus den verschiedensten Lebenswelten sich am Willensbildungsprozess im Gemeinwesen beteiligen können.

Und das ist das Prinzip: Die Bezirksverordnetenversammlung und/oder das Bezirksamt bitten einen durch Zufallsauswahl zusammengestellten BüRa um Empfehlungen zu einem bestimmten Thema von bezirklichem Interesse.

Die Teilnehmenden des BüRa werden dann aus der Bevölkerung ausgelost. Durch dieses Prinzip werden alle Bevölkerungsgruppen und alle Wohngegenden berücksichtigt. Dies gewährleistet die Zufallsauswahl. Nach ähnlichem Prinzip werden auch in Meinungsumfragen die Teilnehmenden ermittelt. Um zu erreichen, dass im BüRa dann wirklich eine realistische „soziale Mischung“ zusammentritt, sollen diejenigen, die nicht auf die Nachricht ihrer Einladung reagiert haben, noch einmal persönlich aufgesucht und informiert werden. Sie erhalten also noch einmal die Möglichkeit, vielleicht am Prozess teilzunehmen.

Treten die BüRa-Mitglieder dann zusammen, ist es Ihre Aufgabe, sich über Themen, die von bezirklichem Allgemeininteresse sind, ausgewogen zu informieren,

parteiunabhängig zu diskutieren und in einem Kompromiss gemeinsam Lösungen für Probleme zu erarbeiten und vorzuschlagen. Diese Empfehlungen werden dann der BVV und dem Bezirksamt vorgelegt. BVV und Bezirksamt befassen sich dann mit den Ergebnissen und legen dem BüRa eine schriftliche Darstellung über ihren Umgang mit den und Beschlussfassungen über die Empfehlungen anschließend vor. Der gesamte Prozess soll von der Öffentlichkeit transparent verfolgt werden können.

Entscheidend ist, dass sich BVV und Bezirksamt wirklich mit den Ergebnissen des BüRa befasst und dazu Beschlüsse fällt. Als demokratisch gewählte Gremien haben BVV und BA natürlich die Entscheidungshoheit und können die Empfehlungen des BüRa umsetzen, modifizieren oder ablehnen. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenspiel die Kommunikation zwischen BüRa, Öffentlichkeit und BVV und BA. Es darf keine Enttäuschung dadurch entstehen, dass die Beteiligung zu keiner Wirkung führe. Auch die Ablehnung der Empfehlung ist zumindest eine Reaktion der gewählten Institutionen auf die Beteiligten Ratsmitglieder.

Wer soll sich an den Bürger*innenräten beteiligen können? Wie ist daran im Konkreten eine Beteiligung möglich?

Wir verwenden – wie man in unserem Namen erkennen kann – den Begriff „Bürgerräte“, weil er sich im bundesrepublikanischen Diskurs der letzten Jahre etabliert hat und aus unserer Sicht den höchsten „Wiedererkennungswert“ hat. Allerdings

ist dieser Begriff eigentlich nicht ganz zutreffend, weil wir (potentiell) alle Einwohner:innen von Marzahn-Hellersdorf ab dem 16. Lebensjahr erreichen wollen. D.h. man müsste eigentlich von einem „Einwohner:innenrat“ sprechen, weil potentiell jede:r, wer im Bezirk gemeldet ist, nach einer Zufallsauswahl zu einem „Bürgerrat“ eingeladen werden kann. Das betrifft bspw. auch Menschen, die im Bezirk leben, aber keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Eine unserer wichtigsten Motivationen für unser Engagement für Bürgerräte liegt in der Überwindung des Problems, dass es für viele Menschen nicht so einfach ist, sich am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen. Die empirische Demokratie- und Wahlforschung zeigt – ich denke da etwa an Forschungen von Politikwissenschaftler:innen wie Armin Schäfer – dass bei Wahlen auf Bundes-, Landes- und besonders auf kommunaler Ebene seit 30 Jahren nicht einfach nur ‚allgemein‘ die Wahlbeteiligung zurückgeht. Vielmehr lässt sich zeigen, dass es vor allem Menschen des unteren Einkommensdrittels sind, die dem zentralen Akt der Demokratie – der Wahl – fernbleiben, während das obere und teilweise das mittlere Einkommensdrittel relativ konstant vom Wahlrecht Gebrauch machen. Schäfer und andere Forschende sehen darin eine plausible Rationalität angesichts einer geringen Berücksichtigung der Interessen dieser Bevölkerungsgruppen in den politischen Entscheidungen der vergangenen, sagen wir, 20-25 Jahre. Es sind in vielen Fällen also nicht – wie häufig unterstellt wird – mangelnde Bildung oder gar demokratieskeptische Einstellungen, die

zum Rückzug führen, sondern mangelnde Selbstwirksamkeit und Repräsentanz.

In Marzahn-Hellersdorf – ein Bezirk, in dem im Berlinweiten Vergleich relativ viele Menschen zum unteren Einkommendrittel gehören – ist bei der wiederholten Berlinwahl 2023 fast die Hälfte der Wahlberechtigten nicht wählen gegangen. Auch wenn sich eine ansonsten doch recht empförungswillige (Medien-)Öffentlichkeit an diese skandalöse Entwicklung in unserer Demokratie gewöhnt zu haben scheint und sie kaum thematisiert, wollen wir als Initiative uns daran nicht gewöhnen. Daher suchen wir nach Wegen, wie man großen Teilen der Menschen im Bezirk wieder eine Stimme geben kann, die auch im politischen Willensbildungsprozess gehört wird.

Wie gerade schon angedeutet machen auch viele derjenigen Menschen, die sich sehr wohl engagieren, sich an Beteiligungsverfahren beteiligen und zur aktiven Zivilgesellschaft gehören, die Erfahrung, dass sich Beteiligungsangebote nicht selten als Scheinbeteiligungen entpuppen. Dann etwa, wenn Anwohner:innen von einem Bauvorhaben in ihrer Nähe informiert werden, aber keine echte Mitsprachemöglichkeiten haben.

Mehr (soziale) Gerechtigkeit im politischen Prozess und weniger Scheinbeteiligung – das sind unsere zentralen Ziele.

Warum und wofür gibt es bei dem Projekt Bürger*innenräte die Möglichkeit zur Beteiligung oder anders gefragt: Wo sehen Sie einen Gewinn?

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass die schiere Anzahl der Ratsmitglieder (wir denken, dass es mindestens 30-40 sein sollten), im Vergleich zur Bevölkerungszahl des Bezirks (über 280.000) wie ein „Tropfen auf den heißen Stein“ wirken könnte. Beim Losverfahren, das das Einwohnermeldeamt mittels einer computergestützten Zufallsadressstichprobe durchführt, werden auch „nur“ 500 bis 1.000 Menschen aus der Bevölkerung gelost.

Schaut man einmal aber darauf, wie repräsentative Meinungsumfragen entstehen, nach denen nicht selten politische Akteure ihre Politik ausrichten, dann wird man verstehen, dass das Losverfahren durchaus zumindest dazu beitragen kann, noch mehr die verschiedenen Lebenswirklichkeiten der Menschen im Bezirk abzu-

bilden. Hinsichtlich der Anzahl derjenigen, die in Umfragen letztlich nach ihren Meinungen gefragt werden (bspw. ein paar Tausend für ganz Deutschland), erscheint ein geloster BüRa dann gar nicht mehr so abwegig. Anders als bei Meinungsumfragen jedoch kommen im BüRa die verschiedenen Lebenswirklichkeiten, Positionen und Meinungen miteinander ins Gespräch. Die beste zahlenmäßige Legitimation hat natürlich immer eine demokratische Wahl. Daher sollen ein BüRa (und schon gar nicht Umfragen) gewählte Parlamente niemals ersetzen, sondern sie in ihrer Arbeit unterstützen.

Bei klassischen Beteiligungsverfahren und zivilgesellschaftlichen Initiativen greifen häufig engagierte Menschen freiwillig in den politischen Prozess ein, die aus bestimmten Milieus der Mittelschicht kommen, während Menschen aus anderen Lebensrealitäten typischerweise solchen Zugängen fernbleiben. Wir glauben, dass das Prinzip der BüRa, diese Unwuchten, die es in der aktiven Zivilgesellschaft und in Beteiligungsverfahren gibt, etwas auszugleichen in der Lage ist. Die Prinzipien, „wer am lautesten schreit, setzt sich durch“ oder „wer mit Geld, Kontakten und Erfahrung sich am besten organisieren und beeinflussen kann, ist am wirkungsvollsten“, finden wir problematisch. In diesen Fällen kann von Repräsentativität keine Rede sein. Ein BüRa kann solchen Verzerrungen entgegenwirken.

Was sind aus Ihrer Sicht Erfolgsfaktoren für gelingende Beteiligungsprozesse?

Wo soll man da anfangen?! Vielleicht lohnt es sich hier, auf den von mir sehr geschätzten Soziologen, Hartmut Rosa, zu verweisen. In seiner Resonanztheorie nennt er vier Kriterien, die in politischen Beteiligungsprozessen für die Teilnehmenden erfüllt sein sollten, um gelingende Beteiligung zu ermöglichen. 1. In Beteiligungsprozessen sollten möglichst viele Menschen (gleichberechtigt) eine Stimme haben, die von allen Beteiligten gehört wird – nichts ist schmerzlicher, als eine ungehörte, ignorierte Stimme. Das Stichwort ist hier also Gehört-werden und Selbstwirksamkeit. 2. müssen alle Beteiligten dazu bereit sein, die Stimme des anderen zu hören. Das Setting ist also passend dazu einzurichten. 3. Alle Betei-

ligten müssen ein Stück weit bereit sein, sich durch das Einlassen auf den Anderen zu verändern. Man sollte also anders aus dem Prozess herauskommen, als man in ihn hineingegangen ist. Hineingehen, nur um den Anderen den eigenen Standpunkt aufzudrücken, ist kein gelingender Beteiligungsprozess. 4. Beteiligungsverfahren sind, wenn sie gut sind, ein Stück weit immer unvorhersehbar, „unverfügbar“. Ein gutes Beteiligungsverfahren hat für alle auch unerwartete Verläufe und Ergebnisse. Ich würde noch ein fünftes Kriterium hinzufügen: Beteiligungsverfahren sollten für möglichst alle erreichbar sein – möglichst ohne Hürden, für niemanden. Weder Sprache oder der Sprachduktus, noch die Entfernung, noch die Kleiderordnung, noch die Tagungszeit, noch das „Sprechverhalten“, noch finanzielle Hürden usw. dürfen das Teilnehmendenfeld im Prozess bewusst oder unbewusst vorauswählen.

Welche Herausforderungen nehmen Sie bei der Ermöglichung von Beteiligung wahr? Welche Stolpersteine gibt es bei der Umsetzung und wie ist die bisherige Unterstützung der Idee der Bürger*innenräte durch das Bezirksamt, die Politik und zivilgesellschaftliche Akteur*innen?

Ich denke die fünf eben genannten Kriterien lassen sich gut als Analysefolie über die bestehenden Strukturen und politischen (Streit-)Kulturen in MaHe legen. Ich möchte da gar nicht ins Detail gehen. Wichtig wäre mir, dass nicht nur im Bereich der politischen Kultur, sondern auch im Prozess konkreter politischer Entscheidungen mehr soziale und lebensweltliche Diversität unter den Beteiligten besteht. Dafür wäre mehr Milieusensibilität und Verständnis unter den bereits aktiven Akteuren für die ungleich größeren Anstrengungen nötig, die Menschen für Beteiligung aufbringen müssen, die nicht aus der Mittelschicht stammen. Man könnte hier also von „critical bourgeoisness“ sprechen.

Allerdings muss ich sagen, dass wir bei unseren Bemühungen als Initiative durchaus auch auf offene Ohren sowohl in Politik und Verwaltung als auch in der Zivilgesellschaft treffen. Sowohl der ehemalige Bezirksbürgermeister, Gordon Lemm, als auch die gegenwärtige Bürgermeisterin, Nadja Zivkovic, haben sich mit unseren Anliegen und unserer Idee von der Ein-



richtung von BüRa ernsthaft auseinander-gesetzt und zumindest Interesse an einem Modellversuch im Bezirk signalisiert. Unter den in der BVV vertretenen demokratischen Fraktionen haben wir fast immer Interesse an und sogar starke Befürwortung für unsere Ideen erfahren. In Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wurde das Interesse an dieser im Bezirk neuen Form von Beteiligungsverfahren ebenso deutlich. Allerdings – so ehrlich muss man sein – begegnet uns auch Skepsis. Das ist angesichts dieses in Deutschland noch recht neuartigen Beteiligungsverfahrens der BüRa verständlich. Die meisten kritischen Fragen ließen sich häufig mit mehr Informationen über das Prinzip des BüRa klären. Natürlich gibt es auch Menschen, die davon ausgehen, dass das Bestehende, so wie es ist, ausreicht, um eine faire und gerechte Beteiligung an politischen Beteiligungsprozessen zu gewährleisten. In diesem Falle ist es auch in Ordnung festzustellen: „Wir sind uns darin einig, dass wir uns in diesem Punkt nicht einig sind.“ Bereits der Meinungs- und Willensbildungsprozess über die Einrichtung von BüRa ist nach unseren Erfahrungen bereits eine wertvolle demokratische Erfahrung. Wir erhoffen uns freilich eine große Beteiligung und Zustimmung von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Wir stellen uns

den Prozess des BüRa als ein „Demokratiefest“ für alle vor, die daran beteiligt sind und ihn mit Interesse verfolgen. Und das sind wesentlich mehr Menschen, als die ausgelosten Teilnehmer:innen des BüRa.

Welche Wünsche und Hoffnungen haben Sie für Ihr Projekt der Bürger*innenräte? Wo soll die Reise in den kommenden Jahren hingehen?

Wir wünschen uns eine dauerhafte Etablierung von ausgelosten BüRa im Bezirk. Dabei soll jeder durchgeführte BüRa für alle Beteiligte und die Öffentlichkeit Freude und Lust an Demokratie machen.

Um dies zu erreichen, benötigen wir natürlich möglichst viel Unterstützung. Wir hoffen, dass auch das Bündnis für Demokratie und Toleranz mit seinen zahlreichen Akteuren und beteiligten Institutionen als Demokratiebündnis ein starkes Rückgrat für unsere Idee werden kann. Innerhalb der MaHe-Zivilgesellschaft fallen uns das Demokratie-Bündnis sowie alle demokratischen Parteien als die „natürlichsten“ Verbündeten für unser Anliegen ein.

Wie können interessierte Bürger*innen Ihre Initiative unterstützen?

Auf unserer Website <https://www.buergerraete-mh.de/> kann man sich über uns informieren. Wer Interesse hat, uns in der

Initiative zu unterstützen, kann sich per E-Mail melden unter info@buergerraete-mh.de. Jede:r ist willkommen, der unsere Anliegen und Werte der Gleichberechtigung und demokratischen Gerechtigkeit teilt.

Wir freuen uns auch über Vereine und andere Institutionen, die uns unterstützen wollen. So unterstützt uns etwa der Verein Kliopolis e.V., der uns Webspace zur Verfügung stellt und an seinen Infoständen über unser Anliegen informiert. So und auf vielfältig andere Weise können uns also auch Institutionen unterstützen.

Wir bedanken uns recht herzlich bei der Initiative „Demokratie. Gerechtigkeit. Bürgerräte Marzahn-Hellersdorf“ für die Beantwortung unserer Fragen.

Die Fragen wurden von der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf gestellt.

Mehr Infos zur Initiative „Demokratie. Gerechtigkeit. Bürgerräte Marzahn-Hellersdorf“ und eine Kontaktmöglichkeit gibt es hier: <https://www.buergerraete-mh.de/>

Gedenkort für Nguyễn Văn Tú über den Bürger*innenhaushalt

Interview mit einer daran beteiligten Bürger*in

Bitte stellt kurz vor, wie und wann die Idee zur Beantragung eines Gedenkortes für Nguyễn Văn Tú über den Bürger*innenhaushalt entstanden ist?

Unsere Idee war es eine Gedenkplatte für Nguyễn Văn Tú anzubringen, da es bisher keine vom Bezirksamt offiziell angebrachte Gedenktafel für Opfer rassistischer Gewalt gab. Selbst organisierte Gedenkinitiativen haben vorher diese Aufgabe übernommen, obwohl Gedenktafeln seit jeher schnell entwendet oder zerstört wurden. Die Idee war, dass das Bezirksamt auch für die Instandhaltung verantwortlich ist und somit das Gedenken an Nguyễn Văn Tú von offizieller Seite unterstützt werden kann.

Welche Erfahrung habt Ihr mit der Beteiligungsmöglichkeit über den Bürger*innenhaushalt gemacht? War die Beantragung eher unkompliziert oder gab es Stolpersteine? Wie ist dann die Umsetzung des Projektes insgesamt verlaufen?

Die Beantragung war sehr unkompliziert. Man muss sich nur online mit einer E-Mailadresse registrieren um einen Vorschlag für den Bürger*innenhaushalt einzugeben und kann auch zu den anderen Vorschlägen abstimmen. Die Umsetzung bis hin zum fertigen Gedenkmahl für Nguyễn Văn Tú war dann allerdings ein langer und sehr komplizierter Weg. Positiv können wir hervorheben, dass wir als Anwohner*innen, die den Vorschlag eingebracht haben, auf dem ganzen Weg involviert waren. Da für unseren Vorschlag eine Gedenktafel für Nguyễn Văn Tú mehr Geld als erwartet

bewilligt wurde, kam von der bezirklichen Gedenkkommission die Idee ein Gedenkmal zu errichten. So musste ein Ort dafür gefunden werden, sowie ein Wettbewerb für Künstler*innen durchgeführt werden. Dieser Prozess war wie bereits gesagt lange und mit vielen bürokratischen Hürden gespickt. Das war nicht immer verständlich oder durchsichtig für uns als Anwohner*innen.

Kurzzeitig stand sogar die Umsetzung in Frage, da der Prozess zu lange gedauert hat und nicht klar war, ob Geld aus dem bezirklichen Topf so spät noch zur Verfügung steht. Auch war dieser Prozess, vor allem der künstlerische Wettbewerb, nicht offen für weitere Anwohner*innen, vor allem diejenigen mit vietnamesischer Migrationsgeschichte. Wir konnten erwirken, dass die Reistrommel beim Wettbewerb beratend teilgenommen hat, aber unserer Meinung nach hätte der vietnamesische Verein eine Stimmberechtigung haben sollen und weitere Stimmen aus der vietnamesischen Community beteiligt werden sollen.

Seht Ihr das Instrument des Bürger*innenhaushaltes im Nachhinein als eine gute Möglichkeit zur Beteiligung und Mitwirkung der Bürger*innen? Was müsste evtl. besser oder anders gemacht werden?

Unser Vorschlag zur Errichtung einer Gedenktafel für Nguyễn Văn Tú war ein gutes Beispiel dafür wie die Idee des Bürger*innenhaushalts an manchen Stellen noch verbessert werden kann. Wenn Bürger*innen den Vorschlag einbringen, dass eine Bank errichtet werden soll, bedarf dies sicherlich weniger

Überlegungen und Fingerspitzengefühl als das Umsetzen eines Gedenkortes für einen Menschen, der aus rassistischen Motiven ermordet wurde. In unserem Fall hätten wir uns flexiblere Strukturen im Bezirksamt gewünscht, mehr Kommunikation und auch mehr Beteiligung von Anwohner*innen außer nur uns als diejenigen, die den Vorschlag eingebracht haben.

Was sind aus Eurer Sicht Erfolgsfaktoren für gelingende Beteiligungsprozesse der Bürger*innen?

Der Bürger*innenhaushalt ist ein demokratischer Prozess in welchem Vorschläge eingebracht und über diese abgestimmt wird. Diese demokratische Grundidee sollte im kompletten Prozess berücksichtigt werden, so dass es Raum dafür gibt Kompromisse auszuhandeln und Anwohner*innen zu Rat zu ziehen. Bei der Eröffnung des Gedenkmals für Nguyễn Văn Tú fand eine Protestaktion statt, bei der deutlich wurde, dass nicht alle zufrieden mit dem Verlauf und der Umsetzung des Gedenkortes waren.

Es wäre schön, wenn zukünftig in ähnlichen Prozessen früher im Prozess ermöglicht wird, Feedback zu geben. Dies erfordert allerdings auch Spielraum und Flexibilität auf Seiten des Bezirksamtes. Während unserer Umsetzungsphase haben wir uns in einem künstlerischen Wettbewerb mit Regeln wiedergefunden, die wir nicht alle für gut oder sinnvoll gehalten haben. Der Wettbewerb wäre aus unserer Sicht erfolgreicher gewesen, wenn wir uns zunächst auf Regeln und einen Ablauf geeinigt hätten, den alle Beteiligten gut finden.

An welchem Punkt ist Euch die Möglichkeit der Beteiligung der Bürger*innen besonders wichtig?

Der Bürger*innenhaushalt gibt Anwohner*innen die Möglichkeit den öffentlichen Raum mitzugestalten. Dies muss nicht immer eine Gedenktafel sein, wie in unserem Fall. Bereits eine „einfache“ Bank ist sehr wichtig, da sie Gemeinschaft im Kiez ermöglicht und den öffentlichen Raum nutzbar macht. Ganz oft geht es beim Bürger*innenhaushalt auch um Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Somit werden hier ganz viele Menschen angesprochen, die in unserer Gesellschaft sonst ausgeschlossen und diskriminiert werden. Es ist dann auch ganz wichtig darauf zu achten, ob der Bürger*innenhaushalt auch allen Menschen, die im Bezirk wohnen offensteht oder ob es im Prozess selbst Barrieren oder Hürden gibt, die eine demokrati-

sche Entscheidungsfindung und Umsetzung verhindern.

Welche Wünsche und Vorstellungen habt Ihr für die zukünftige Weiterentwicklung von Beteiligungsmöglichkeiten auf der kommunalen/bezirklichen Ebene?

In unserem Umsetzungsprozess haben wir die Erfahrung gemacht, dass das Bezirksamt eigene Strukturen hat, die die Errichtung von etwas im öffentlichen Raum erschwert oder in die Länge zieht. Beteiligungsmöglichkeiten gibt es im Bezirk viele, aber viele Anwohner*innen sind frustriert, wenn sich etwas nur sehr langsam oder gar nicht verändert, wenn es an der Umsetzung scheitert.

Die Fragen wurden von der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf gestellt.



Das Projekt „Campus Transferale“ an der Alice Salomon Hochschule

Interview

Bitte stellen Sie kurz die Idee des Projekts „Campus Transferale“ vor. Welche Bedeutung hat der Aspekt der Beteiligung der Bürger*innen dabei?

Der Untertitel des Projekts Campus Transferale lautet „Die Alice Salomon Hochschule Berlin auf dem Weg zu einem Transfercampus“. Bis Ende des Jahres 2027 wird das Projekt den Weg der ASH Berlin zu einem transferorientierten, offenen Bildungscampus erkunden und begleiten. Die Hochschule wächst. Der Neubau der ASH Berlin am Kokoschkaplatz liegt im Zeitplan. Die Helle Mitte neu zu beleben ist vielen im Bezirk ein Anliegen. Ausgehend von bestehenden Kooperationen soll also ein Bildungscampus der Zukunft entstehen, der auf nachhaltigen Transfer hin ausgerichtet ist und von dem die Bürger_innen / Anwohner_innen immanenter Teil sind. Was alles unter Transfer zwischen der Hochschule und externen Partner_innen aus verschiedenen Praxisfeldern, sozialen Bewegungen und lokalen oder regionalen Einrichtungen und Initiativen verstanden wird, erkunden wir gerade in einer Transferstudie. Wir gehen davon aus, dass Transfer keine Einbahnstraße ist. Gemeinsam, d.h. ko-kreativ, können neue Wissensformen, Konzepte, Methoden und Ideen entwickelt werden. Diese Prozesse mit Bürger_innen / Anwohner_innen zu gestalten, ist uns ein Anliegen. Mit dem Projekt Campus Transferale nimmt die ASH Berlin als Innovative Hochschule ihren gesellschaftlichen Auftrag wahr: sich weiter zu öffnen und ein sichtbarer und anschlussfähiger Teil im Bezirk zu werden. Studierende lernen auf dem Campus und im Austausch mit ihrer Umgebung, mit den Bewohner_innen des Stadtteils, mit den Kooperations-

Praxispartner_innen vor Ort – und darüber hinaus.

Das Projekt gliedert sich in zwei Teilprojekte: Transfer_Hub und Servicestelle Partizipative Forschung (CatSe). Das Transfer_Hub Team, das seit Februar im Interfix auf dem Boulevard Kastanienallee arbeitet, bildet ein Forschungsnetzwerk mit zwei Pilotprojekten, in denen Bürger_innen / Anwohner_innen von Beginn an eingeladen sind, sich aktiv zu beteiligen:

- das Pilotprojekt „Zwischenräume – Belebung von Campus und Stadtteil“ und
- das Pilotprojekt „Community Spaces – für eine demokratische Alltagskultur“.

Der Transfer_Hub verankert sich dabei bewusst auf dem Boulevard Kastanienallee als ein Begegnungsort für Anwohner_innen und Hochschulmitglieder, damit aus dem Bezirk heraus Impulse über diesen Netzwerkknoten in die sich wandelnden Strukturen der Hochschule wirken können. Gleichzeitig ist eine Webseite in Arbeit und geht 2024 an den Start, die das Projekt Transfer_Hub nicht nur digital repräsentieren soll (im Sinne einer unidirektionalen Kommunikation mit der Außenwelt), sondern ebenfalls als partizipativer Interaktionsort und -moment fungiert. Auf innovative Art und Weise versuchen wir über die Webseite als partizipatives, digitales Element mit den Menschen, die Interesse an unserem Projekt haben, in den Austausch zu kommen und auf spielerische, experimentelle Art und Weise Impulse für Reflexion und Perspektivwechsel zu setzen. Gleichermaßen dient die Webseite natürlich auch als Möglichkeit, sich in klas-

sischer Art und Weise über das Projekt zu informieren, aktuelle Veranstaltungen sowie Forschungsbeiträge entdecken zu können. Das heißt, vor Ort in Marzahn-Hellersdorf und digital wird im Teilprojekt Transfer_Hub das Ziel verfolgt, gemeinsam mit Menschen außerhalb und innerhalb der Hochschule zu experimentieren, was Transfer bzw. Kooperation bedeuten kann und soll. Es werden neue Formate entwickelt und getestet.

Mit der Servicestelle Partizipative Forschung als zweitem Teilprojekt werden – gemeinsam mit bezirklichen Akteur_innen – Möglichkeitsräume erforscht, in denen Menschen aus Marzahn-Hellersdorf Veränderungen hin zu einer sozial gerechteren Gesellschaft gestalten können. Um dies zu erreichen, werden gemeinsam mit Vertreter_innen der Bevölkerung, behördlichen Partnern und Hochschule partizipative Prozesse gestaltet, in die alle Beteiligten ihre jeweiligen Expertisen einbringen. Von Bedeutung ist dabei besonders, die Zusammenarbeit mit Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen zu stärken und partizipative Prozesse für die Gestaltung von Veränderungen zu nutzen. Die Aktivitäten von CatSe sind als gegenseitiger Lernprozess und in drei Handlungssträngen angelegt:

- gemeinsame Konzeption und Durchführung partizipativer Prozesse (als bezirkliche Akteur_innen)
- Methodenaufbereitungen für die partizipative Zusammenarbeit
- Konzeption und Durchführung von Weiterbildungsangeboten.

Wer soll sich am Projekt „Campus Transferale“ beteiligen können? Woran kann sich beteiligt werden? Wie ist eine Beteiligung möglich?

Die Kooperationspartner_innen im Transfer_Hub sind die Mitglieder des Strategischen Beirats, die die Hochschule beraten und begleiten bei der Umsetzung der Transferziele und die eigene Perspektiven und Transferbedarfe mit in den Entwicklungsprozess geben. Aus dem Bezirk sind das:

- Bezirksamt Berlin Marzahn-Hellersdorf - Wirtschaftsförderung
- Bezirksamt Berlin Marzahn-Hellersdorf - Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Städtebauförderung und Quartiersentwicklung
- Bezirksamt Berlin Marzahn-Hellersdorf - Jugendamt: Förderung und Gestaltung Hellersdorf-Nord Mit einer Perspektive auf

Mit einer Gesamtberliner Perspektive beteiligen sich im Strategischen Beirat:

- Paritätischer Wohlfahrtsverband - Landesverband Berlin, Geschäftsstelle Bezirke
- Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.
- Migrationsrat Berlin e.V..

Im Pilotprojekt Zwischenräume sind Bürger_innen im Anwohner_innenbeirat aktiv und können es weiterhin werden. Das Pilotprojekt verfolgt das Ziel, die Erfahrungswelten der ASH Berlin und die der Bewohner_innen des Stadtteils in einen Dialog bringen. Sie werden als eine kollektive Ressource für den Standort gedacht und für eine nachhaltige Belebung von Campus und Stadtteil eingesetzt. In Formaten wie Filmabende und Treffen des Anwohner_innenbeirats hat das Pilotprojekt die gesellschaftlichen Transformationen im Stadtteil bereits 2023 ins Verhältnis zu denen an der ASH Berlin gesetzt. Übergreifend wird es auch zukünftig um zwei Themen gehen: Bildungs- und Gestaltungsgerechtigkeit. Eine weitere Kooperationspartnerin neben den Bürger_innen im Anwohner_innenbeirat ist der Kunstverein neue Gesellschaft für Bildende Kunst (nGbK).

Im Pilotprojekt Community Spaces, das 2024 startet, werden Bürger_innen eingeladen, kollektiv entlang von Alltagsanliegen in eigener Sache aktiv zu werden. Sie werden dabei – angelehnt an das Vorgehen des Transformativen Community Organizing – strukturell begleitet und unterstützt. Die

Bearbeitung der Themen wird zudem zum Anlass genommen, alltagsnahe Veränderungen in einen größeren Zusammenhang von Partizipation und gesellschaftlicher Gestaltung einzuordnen und kritisch zu reflektieren. Kooperationspartner sind hier der Träger pad – präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH, der Verein für demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung (VdK Berlin e.V.) und der Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (VskA e.V.).

Das Teilprojekt CatSe wird gemeinsam mit drei bezirklichen Partnern entwickelt: Dem Amt für Soziales (Senioren Service Büro), der Abteilung Gesundheit (Organisationseinheit Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes – QPK) und dem Jugendamt (Fachsteuerung Beteiligungsverfahren). Inzwischen wurden außerdem Kooperationen mit den Stadtteilzentren sowie den Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk aufgebaut. Nach und nach sollen noch mit weiteren bezirklichen Einrichtungen Arbeitsbezüge hergestellt werden. Über diese Einrichtungen sollen dann nicht nur Nutzer_innen dieser Einrichtungen, sondern auch Bürger_innen, die bislang von bezirklichen Angeboten nicht angesprochen werden, für partizipative Prozesse erreicht werden.

Jährlich veranstaltet das Projekt Campus Transferale das namensgebende Transferfestival „Transferale“. Es findet im öffentlichen Raum statt und lädt zum Dialog ein. Dabei sind explizit Studierende, Kooperationspartner_innen und Anwohner_innen als Beteiligte und (Mit-)Macher_innen adressiert. Es wird jährlich rechtzeitig dafür geworben. Hier wollen wir Impulse aufgreifen und geben sowie das Zusammenkommen und das Zusammen Erreichte auch gemeinsam feiern. Für 2024 können sich Interessierte bereits den 19. Juni vormerken.

Was sind aus Ihrer Sicht Erfolgsfaktoren für gelingende Beteiligungsprozesse der Bürger*innen? Auf welche Themen setzen Sie, um die Bürger*innen im Rahmen des Projekts „Campus Transferale“ zu erreichen?

Das Projekt ist geleitet von dem Anliegen Transparenz und Sichtbarkeit zu erreichen. Zentrale Erfolgsfaktoren sind u.E. Verbindlichkeit, konkrete und erreichbare Ansprechpartner_innen in den Teil- und Pilotprojekten, eine Öffnung der Türen der Hochschule u. a. für die Arbeit des Anwoh-

ner_innenbeirats, eine gute Öffentlichkeitsarbeit vor Ort und digital.

Der Anwohner_innenbeirat im Pilotprojekt Zwischenräume entwickelt bereits eigene Formate, um in und mit Zwischenräume(n) aktiv zu werden und kann künstlerische Interventionen vor Ort (mit-)gestalten und beeinflussen.

Ein weiteres Arbeitsziel des Projekts ist es, Solidarität vor Ort zu stärken, um den zunehmenden sozialen Spaltungen und Polarisierungen entgegenzuwirken. Wir beziehen uns im Projekt dabei auf bereits bestehende Ansätze und Initiativen solidarischer und demokratiefördernder Praxen vor Ort, die auf ihre je eigene Weise versuchen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Das Pilotprojekt „Community Spaces“ zielt auf die Stärkung alltagsnaher Partizipation. Diese enge Verbindung zu Anliegen, die das Leben der Bürger_innen direkt bestimmen, soll dazu dienen, die diesbezüglichen Handlungsfähigkeiten der Bürger_innen auszuloten und zu erweitern. Bereits gemachte Erfahrungen mit Scheinpartizipation sollen dabei kritisch aufgegriffen und wenn möglich aufgearbeitet werden. Zudem sollen durch die Verknüpfung von vermeintlich „kleinen“ Themen des Alltags mit den „großen“ Themen gesellschaftlicher Gestaltung Möglichkeiten geschaffen werden, formulierte Anliegen kollektiv zu bearbeiten und in gesellschaftliche Partizipationsprozesse zu überführen. Den zentralen aktuellen Herausforderungen „Klimakrise / Klimagerechtigkeit“ und „Krise der Sorgebeziehungen / Care-Krise“ wird dabei ein Schwerpunkt eingeräumt. Die Dringlichkeit dieser zwei Themen soll ebenfalls zu einer erhöhten Partizipationsbereitschaft beitragen. Auch die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und antidemokratischen Erscheinungsformen spielt in diesen Themensträngen eine Rolle.

Die Stärkung partizipativer Arbeitsweisen wurden im Teilprojekt Servicestelle Partizipative Forschung an bestehende Arbeitsvorhaben der Partner im Bezirk gekoppelt. Gemeinsam mit dem Senioren Service Büro und den Stadtteilzentren wird auf das Thema Einsamkeit fokussiert. Dies dient auch der Unterstützung der geplanten Entwicklung einer bezirklichen Strategie zum Thema Einsamkeit. Mit dem Jugendamt und den Jugendfreizeiteinrichtungen wird der zu erstellende Bericht zur Sichtweise junger Menschen, welcher in die bezirklichen Jugendförderpläne einfließt, zum Aus-

gangspunkt der gemeinsamen Aktivitäten genommen. Die Anbindung an bezirkliche Regelaufgaben sehen wir als vielversprechenden Ansatz, ein Mehr an Partizipation in bezirklichen Arbeitsvorhaben nachhaltig zu verankern. Die behördlichen Partner_innen besitzen einerseits viel Entscheidungsmacht, andererseits können sie als Multiplikator_innen dienen, um partizipative Arbeitsweisen und eine partizipative Haltung im Bezirk zu verbreiten.

Welche Herausforderungen nehmen Sie bei der Ermöglichung von Beteiligung in den Kiezen wahr? Welche Stolpersteine gibt es bei der Umsetzung?

Bürger_innen suchen verbindliche, konkrete Ansprechpartner_innen, zu denen sie Vertrauen haben oder entwickeln können. Sie wollen in ihrer Beteiligung nicht betreut werden. Das prüfen sie ab der ersten Kontaktaufnahme.

Will die Hochschule sich beteiligen, ist sie gefordert, dies als ein Kooperationspartner auf Augenhöhe zu tun. Sucht das Projekt Campus Transferale Menschen, die sich in den Teil- oder Pilotprojekten im Kiez beteiligen wollen, muss klar sichtbar und mit nachvollziehbarem Konzept dazu eingeladen werden. An der Pforte der Hochschule müssen die Informationen genauso zu erhalten sein wie telefonisch oder im Netz. Wir informieren über Aushänge auch an öffentlichen Orten im Bezirk und erweitern die Liste der relevanten Orte stetig.

Konkrete Anlauf- und Austauschräume (vor Ort und digital) müssen sich etablieren und aufsuchbar und nutzbar sein.

Projektvorgaben und -logiken erschweren teilweise eine flexible zeitnahe Reaktion auf und eine Weiterleitung von Anliegen

und Ideen von Bürger_innen. So ein Projekt erfordert viel Zeit für die Realisierung von Planungs- und Abstimmungs- und Organisationsvorgaben. Wenn Menschen mit z. B. Behörden oder Angeboten im Bezirk bereits schlechte Erfahrungen gemacht haben, prüfen sie umso mehr, ob sie sich beteiligen wollen.

Die Servicestelle Partizipative Forschung möchte insbesondere die Zusammenarbeit mit Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen stärken, die aus verschiedenen Gründen von den bezirklichen Angeboten nicht erreicht werden bzw. diesen skeptisch gegenüberstehen. Dies stellt uns vor besondere Herausforderungen, diese Bevölkerungsgruppen für einen Beteiligungsprozess zu motivieren. Ein Beispiel ist das gewählte Thema Einsamkeit.

Bürger_innen erleben ihren Alltag oft als sehr stressig und ggf. von Prekarisierung geprägt. Partizipation erfordert Zeit, Kraft, Ressourcen und Kapazitäten, die ungleich verteilt sind und bei vielen Menschen aufgrund von multiplen Belastungen nur bedingt vorliegen. Bürger_innen werden häufig zu Beteiligung eingeladen und sie erleben diesen Prozess dann leider oft als unbefriedigend – zum Beispiel, wenn sie aufgefordert werden, Ideen und Wünsche beizutragen, ohne wirklichen Einfluss auf deren Umsetzung zu haben. Vielmehr werden ihre Beiträge „als Anregungen“ durch die Verantwortlichen „mitgenommen“, ob und wie eine Realisierung erfolgt, bleibt allerdings alleinig in den Händen der Einladenden.

Welche Wünsche und Vorstellungen haben Sie für die zukünftige Entwicklung des Projekts „Campus Transferale“?

Wo soll die Reise in den kommenden Jahren hingehen?

Die Hochschulentwicklung soll kontinuierlich verknüpft werden mit bezirklichen Entwicklungserfordernissen (Stadtentwicklung, Quartiersentwicklung unter Beachtung von Chancengerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Klimagerechtigkeit) und externe Kooperationspartner_innen werden in die gemeinsame Entwicklung eines Transfercampus einbezogen.

Die ASH Berlin öffnet ihre Türen sichtbar für Bürger_innen und diese können leicht in Erfahrung bringen, wie sie in und mit der Hochschule gemeinsam im und für den Bezirk auf die Beine stellen können.

Transfer_Hub versteht sich als eine Reisebegleitung auf Zeit. Es arbeitet in den fünf Jahren seines Bestehens von Beginn mit dem Ziel seiner Abschaffung. Bei Projektende wollen wir es geschafft haben, dass Transfer analog und digital sichtbar und anschlussfähiger geworden ist und an der ASH Berlin zukunftsorientiert gelebt wird. Wir wollen erreicht haben, dass ergebnisoffene Experimente, räumlich und inhaltlich, das Verständnis von Transfer an der ASH Berlin, im Stadtteil und darüber hinaus bereichert, belebt und nachhaltig beeinflusst haben.

Die Fragen wurden von der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf gestellt.

Informationen und Kontaktaufnahme über:

- Gesamtprojekt Campus Transferale: Homepage der ASH Berlin <https://www.ash-berlin.eu/forschung/forschungsprojekte-a-z/campus-transferale-cat/> und per Mail innovative_hochschule@ash-berlin.eu
- im Transfer_Hub vor Ort auf dem Boulevard Kastanienallee (Höhe Stollberger Straße 63 und per Mail transfer_hub@ash-berlin.eu)
- über die Webseite des Transfer_Hub, sobald diese freigeschaltet ist (Domainname + Link wird nachgereicht) und
- Servicestelle Partizipative Forschung über die Projektmitarbeiterinnen Ina Schaefer (ina.schaefer@ash-berlin.eu) oder Isa Brodnjak (brodnjak@ash-berlin.eu).
- Für das Pilotprojekt Community Spaces über die Projektmitarbeiterin Miriam Pieschke (pieschke@ash-berlin.eu)
- Für das Pilotprojekt Zwischenräume über Adam Page (page@ash-berlin.eu) oder Eva Hertzsch (hertzsch@ash-berlin.eu)
- Für das Transferfestival Transferale über Elène Misbach (misbach@ash-berlin.eu)

Fazit und Handlungsempfehlungen

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Teilhabe ist ein wesentlicher Bestandteil von Demokratieentwicklung. Die hier vorgestellten Projekte stellen nur einen Einblick in die Bandbreite an Möglichkeiten zur Partizipation dar – es kann kein vollständiger Überblick über alle Beteiligungsformate in Marzahn-Hellersdorf sein. Vielmehr möchten wir mit den Beiträgen eine generelle Sensibilisierung für das Thema schaffen: Denn obwohl Partizipation unser aller Leben durchdringt und unsere Gesellschaft formt, fällt vielen Menschen die Umsetzung im Alltag häufig schwer. Die hier vorgestellten Projekte helfen, exemplarisch wichtige theoretische Erkenntnisse zum Thema und deren Bedeutung in der Praxis zu veranschaulichen.

Wozu ist Beteiligung gut?

Bereits die wenigen Beispiele an Beteiligungsformaten geben Aufschluss über eine Vielzahl an demokratiefördernden Wirkungen von Partizipation. Teilhabe ermöglicht Begegnung und zwar auch von Menschen/Institutionen, die sonst keine gemeinsamen Berührungspunkte haben. Der Austausch von Informationen zwischen diesen Akteur*innen erzeugt Sichtbarkeit von Themen und Transparenz zu deren Hintergründen, Entwicklungen und Bedingungen. Sowohl auf individueller als auch struktureller Ebene können so Reflexion und die Übernahme anderer Perspektiven gefördert werden. So entstehendes Wissen kann helfen, neue Themen zu setzen und neue kreative Wege zu gehen. Insgesamt wird also die Handlungsfähigkeit gestärkt. Eine partizipative Umsetzung von Vorhaben kann damit durchaus nachhaltiger sein, als dies im Alleingang möglich wäre. Vor allem aber

trägt all dies dazu bei, gesellschaftliche Aushandlungsprozesse sozial gerechter und damit demokratischer zu gestalten.

Wann ist Beteiligung erfolgreich?

Die hier genannten positiven Effekte von Teilhabe entstehen nicht einfach so. Vielmehr muss Partizipation ihrem jeweiligen Kontext angemessen gestaltet werden. Dies beginnt mit der Frage, welches Ziel die Beteiligung hat. Man kann sie nutzen, um bestimmte Vorhaben umzusetzen. In anderen Kontexten wie z. B. in der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder dem Raum Schule ist das Erlernen von Handlungskompetenz als Teil demokratischer Bildung mitunter das eigentliche Motiv. Konkrete Vorhaben werden in diesem Fall eher als Instrumente zur Gestaltung von Partizipation genutzt. Ebenfalls immer bedeutsam ist die Frage danach, wer sich beteiligen soll? Ob man sich an alle oder spezielle Zielgruppen wendet, hängt wiederum ab vom Ziel ab, das mittels Beteiligung erreicht werden soll.

Wesentlich für gelingende Partizipation ist eine gute Kommunikation aller daran Mitwirkenden. Dies erhöht die Glaubwürdigkeit und schafft Vertrauen in den Prozess. Im Zusammenhang fachlich organisierter Beteiligungsprozesse müssen dazu die Zielgruppe(n) und ggf. deren Ansprechpersonen festgelegt werden. Wichtig – sie sollten voneinander wissen. Die Adressat*innen sollten zielgruppengerecht angesprochen werden. Dazu müssen kommunikative Bedarfe der Zielgruppe beachtet und soweit möglich bedient werden: Wo erreiche ich die Zielgruppe? Wie erreiche ich sie? Wie kann die Zielgruppe ggf. zurückkommunizieren? Es sollte deutlich gemacht werden,

ob die Kommunikation einseitig zur Informationsübermittlung gedacht ist oder in einen Dialog münden soll. In letzterem Fall ist es wichtig, transparent zu machen, inwieweit die Rückmeldungen der Dialogpartner*innen bei weiterem Handeln eine Rolle spielen: Wird Feedback definitiv beachtet? Ist dies nur eingeschränkt/gar nicht möglich oder vielleicht auch gar nicht gewollt? Wird auf das Feedback geantwortet oder endet die Kommunikation an dieser Stelle? Sollten Vorhaben in mehreren Schritten umgesetzt werden, ist all dies für jede Stufe des Prozesses besonders zu beachten. Bestenfalls wird mit der Kommunikation vor jeglichen Aktivitäten begonnen und folgt ggf. als letzter Schritt nach Abschluss eines Vorhabens, um das Ende des Prozesses zu vermitteln. Schließlich ist es noch wichtig, dass Beteiligung nicht nach einem festen und unveränderbaren Schema erfolgt. Gute Beteiligung ist auch immer reflektierende und sich entwickelnde Beteiligung. In einem Partizipationsprozess machen alle Beteiligten Erfahrungen, die in die Gestaltung einfließen sollten. Ist dies nicht möglich in einem laufenden Prozess, so kann das Erlernte in den nächsten Prozess einfließen. Individuelle Handlungsfähigkeit, Professionalisierung und Demokratisierung werden so kontinuierlich gefördert.

Welche Herausforderungen gibt es?

Partizipationsprozesse erfolgreich zu gestalten, erfordert Ressourcen wie z. B. Zeit, Personen und mitunter auch Geld. Diese sind häufig nur eingeschränkt verfügbar, wodurch in Beteiligungsprozessen oftmals nur ein zusätzlicher Aufwand gesehen und den positiven Effekten keine

Beachtung geschenkt wird. Dass ohne Partizipation bei bestimmten Vorhaben lediglich eine Verschiebung des Ressourcenaufwands an das Ende des Prozesses stattfindet – z. B. aufgrund von zu bearbeitenden Beschwerden über Ergebnisse – wird dabei oftmals übersehen.

In Wissenschaft und fachlicher Praxis wird immer wieder festgestellt, dass unsere Gesellschaft bei der Gestaltung erfolgreicher Teilhabe und der Ausbildung demokratischer Handlungskompetenzen einen enormen Nachholbedarf hat. Sowohl als private Individuen als auch in strukturellen Kontexten müssen wir aufgrund tech-

nischer, politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen stetig dazulernen. Steigt z. B. das Vielfaltsbewusstsein, sollte sich in unserer Demokratie entsprechend Art. 3 des Grundgesetzes auch das Handeln verstärkt an den diversen Bedarfen der Menschen orientieren. Beteiligungsprozesse müssen dies aufgreifen und erscheinen so Vielen zu aufwendig, vor allem da es doch scheinbar schon immer ohne lief. Die besondere Herausforderung ist aus unserer Sicht deswegen auch, eine stetige Demokratisierung unseres Handelns als Wert, Produkt, Ergebnis an sich zu etablieren. Andernfalls wächst die Schere zwischen

Entscheidungsmacht und Ohnmacht und dies wiederum führt uns zu den einleitenden Worten dieses Schwerpunktteils: der aktuellen Bedrohung unserer Demokratie.

Stellschrauben für bessere Beteiligung in Marzahn-Hellersdorf

Im Folgenden sollen einige Bereiche aus dem Leben und Wirken in unserem Bezirk erörtert werden, in denen Beteiligung eine wichtige Rolle spielt bzw. spielen sollte. Dazu werden Handlungsempfehlungen aus Sicht der Demokratieentwicklung festgehalten.

1. Verwaltung

Die Verwaltung als Teil der Exekutive ist maßgeblich verantwortlich für die Gestaltung des Verhältnisses von Bürger*innen und Staat, Land und Kommune. Dabei verfügt die Verwaltung in den bestehenden Formen über große Entscheidungsspielräume. Für die bezirkliche Ebene sind im Bezirksverwaltungsgesetz die Mitwirkung der BVV sowie der Einwohner*innen festgehalten. Aufgrund teils schwer nachvollziehbarer Handlungsabläufe der Verwaltung sowie z.T. ungenauer gesetzlicher Vorgaben – z. B. bezüglich der Mitwirkung der Einwohner*innen – scheinen diese Kontroll- und Steuerungsmechanismen jedoch nur eingeschränkt wirksam. Eine fortwährende Prüfung der Einhaltung demokratischer Teilhabe und entsprechende Anpassungen innerhalb der Verwaltung sind deswegen von enormer Bedeutung.

Anhand des Bereichs der räumlichen Stadtentwicklung lassen sich bestehende Herausforderungen gut verdeutlichen: In der Verwaltung laufen stets diverse Prozesse der Stadtentwicklung und ggf. dazugehöriger Beteiligungsverfahren nebeneinander. Die Vielzahl von Anfragen aus der BVV und auch der Bevölkerung zu Projekten der Stadtentwicklung zeigen die Bedeutung von Informationsvermittlung, deren Umsetzung meist nicht für alle zufriedenstellend gelingt. Mitunter werden Anfragen an das Bezirksamt gestellt, deren Antworten einzelnen Akteur*innen bereits bekannt sind, anderen aber nicht. Einheitliche, übersichtliche und allen

gleichermaßen verständliche Strukturen zur Informationsbeschaffung bestehen nicht. 2019 hat das Land Berlin „Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung“ veröffentlicht. Diese sollen helfen, Prozesse der räumlichen Stadtentwicklung des Landes Berlin zu strukturieren und damit den Austausch von Informationen zu verbessern sowie das Handeln der Verwaltung zu demokratisieren. Die Bezirke haben in den folgenden Jahren eigene Leitlinien für bezirkliche Vorhaben entwickelt. 2023 hat Marzahn-Hellersdorf dazu eigene Leitlinien verabschiedet. „Grundlage der bezirklichen Leitlinien für die Beteiligung der Bürger:innen ist die Haltung, dass alle Bürger:innen – ungeachtet ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Identität sowie körperlicher oder kognitiver Beeinträchtigungen – die Möglichkeit erhalten sollen, sich an Vorhaben zu beteiligen, die Auswirkungen auf den Wohn- oder Arbeitsort oder Aufenthaltsorte in ihrem Bezirk haben. Bei den Leitlinien handelt es sich um Empfehlungen für eine informelle Bürger:innenbeteiligung [Verfahren, die nicht gesetzlich geregelt sind; Anm. d. Red.]“ (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, S.1)

Die Leitlinien von Senat als auch Bezirk bieten Handlungsempfehlungen. Eine intensive Auseinandersetzung damit und deren Anwendung ist dringend geboten. Die bezirklichen Leitlinien wurden partizipativ erarbeitet und stellen somit ei-

nen Kompromiss aus den verschiedenen Debatten dar. Am Entwicklungsprozess der bezirklichen Leitlinien hat sich ein geringer Teil der geladenen Verwaltungseinheiten beteiligt. Für den Abschluss des Prozesses wurden zusätzlich Fachkräfte aus der Gemeinwesenarbeit hinzugezogen, um mit deren Kenntnissen die Expertise zum Thema Beteiligung zu erweitern. In der gemeinsamen Debatte wurde wiederholt auf die Hoheit verwaltungsinterner Kompetenzen verwiesen. Dennoch konnten die verwaltungsexternen Expert*innen gemeinsam einige wichtige Argumente in die Entwicklung der Leitlinien einbringen. Zur Unterstützung bei der Umsetzung der Leitlinien und Förderung von Beteiligungskompetenz aller wurde Ende des Jahres nun auch in Marzahn-Hellersdorf ein sogenannter bezirklicher Raum für Beteiligung (BRB) eingerichtet. Dabei hat die Verwaltung erwirkt, dass in den Leitlinien eine Zusammenarbeit von Verwaltung und BRB **bei Bedarf** festgehalten wird. Die Feststellung eines derartigen Bedarfs erfordert allerdings den Blick auf die Zielgruppe, also auf die Bedürfnisse der Einwohner*innen. Eine Deutungshoheit über den Bedarf bei der Verwaltung widerspricht der demokratischen Idee der Leitlinien. Im Sinne einer diversitätssensiblen Organisationsentwicklung – und mithin demokratischen Legitimierung – sollte die Verwaltung die Alltagsexpertise der Einwohner*innen zu deren Bedürfnissen in die Gestaltung ihrer Arbeit einbeziehen. Der BRB, als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bevölkerung, stellt hierzu eine wert-

volle Ressource dar. Ein Schwenk zurück auf die zahlreichen Anfragen zu Projekten der Stadtentwicklung macht deutlich, dass sich der BRB als Servicestelle für den gesamten Bezirk noch etablieren muss. Weiterhin müssten auch Ressourcen in der Verwaltung geschaffen werden, denn es wurde festgehalten: „Um die Leitlinien im Bezirk umsetzen zu können, wird im Bezirkshaushalt ein ausreichendes Budget für personelle Ressourcen (fachlich und zeitlich) eingeplant. Für jedes Fachamt soll eine Fachperson für Beteiligung zur Verfügung stehen.“ (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, S.4)

2. Erwachsene Bevölkerung

Wie bereits aufgezeigt müssen demokratische Handlungskompetenzen – wie sie bei Partizipationsprozessen erforderlich sind – in einem stetigen Prozess erlernt werden. Um allen erwachsenen Einwohner*innen gerechte Chancen auf Teilhabe einzuräumen, ist v.a. die Entwicklung, Erprobung und Förderung von Formaten, die erfolgreich schwer erreichbare Zielgruppen adressieren, wichtig. Für die

Erwachsenenbildung kann die soziale Infrastruktur wie Stadtteilzentren, Volkshochschulen, Vereine u.v.m. beitragen. Ehrenämter, freiwilliges Engagement etc. sind gesellschaftliche Ressourcen, die zunächst gewisse Handlungskompetenzen erfordern, diese aber auch fördern können. Gutes Beispiel sind die verschiedenen Vorschläge beim „Bürgerhaushalt“, die Barrierefreiheit/abbau im Sozialraum fördern und so u. a. der Stadtentwicklung Wissensressourcen liefern zu Bedarfen der Bevölkerung. Auch kann über Partizipationsprozesse die Identifikation mit städtischen und bezirklichen Projekten gestärkt und einer Distanz zu Entscheidungen auf politischer- sowie Verwaltungsebene entgegengewirkt werden. Gute, von Einwohner*innen selbst initiierte Projekte, können dem Sozialraum zudem Ressourcen liefern.

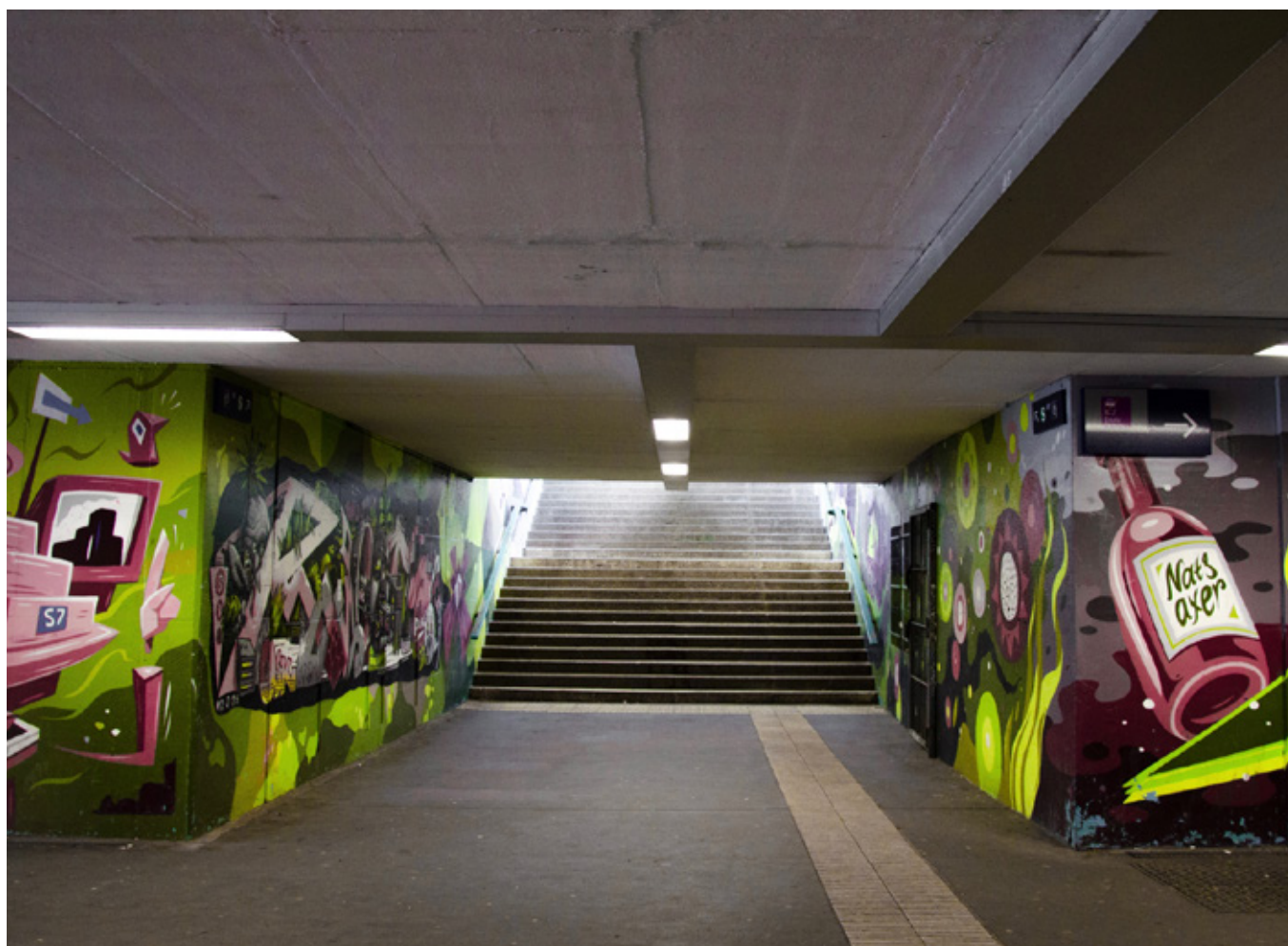
3. Kinder und Jugendliche

Umfragen unter Kindern und Jugendlichen (z. B. Unicef 2024, Deutsches Kinderhilfswerk 2012) zeigen auf, dass diese sich mitunter wenig an gesellschaftlichen

Entwicklungen beteiligt fühlen. Dabei unterscheiden sich die Ergebnisse je nach gesellschaftlichem Bereich. Vor allem von der Politik fühlen sich viele Kinder und Jugendliche nicht gesehen und haben den Eindruck, sich nicht beteiligen zu können. Eine große Rolle spielen dabei auch Informationsdefizite über vorhandene Partizipationsmöglichkeiten.

2021 hat sich Marzahn-Hellersdorf auf den Weg gemacht, „Kinderfreundliche Kommune“ zu werden und künftig das Handeln der Verwaltung stärker auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auszurichten. Dies beinhaltet auch die Förderung der Beteiligung dieser Zielgruppe. Entsprechende Handlungsempfehlungen ergeben sich aus dem nun veröffentlichten „Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune Marzahn-Hellersdorf“.

Entsprechend der Arbeitsfelder der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf soll im Folgenden die Bedeutung von Beteiligung in zwei Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen gesondert betrachtet werden:



a. Schule

Diverse Untersuchungen und Dokumentationen (z. B. Bertelsmann 2008, Unicef 2024) verdeutlichen, dass Partizipationsmöglichkeiten im schulischen Bereich relativ schwach ausgeprägt sind. Auch die Kinderbefragung im Rahmen des Entwicklungsprozesses zur „Kinderfreundlichen Kommune“ Marzahn-Hellersdorf verweist auf das Bedürfnis nach mehr Gestaltungsmöglichkeiten in der Schule. Oftmals werden dabei konventionelle Teilnehmungsformate wie Schüler*innenvertretungen oder der nun im Berliner Schulgesetz verankerte Klassenrat fokussiert. Eine partizipative Ausgestaltung von Unterricht und Schulalltag werden oftmals außer Acht gelassen. Den Anforderungen des Berliner Schulgesetzes kann so nur bedingt nachgekommen werden.¹ Durch den in Marzahn-Hellersdorf besonders ausgeprägten Lehrkräfte- und Raummangel rücken Bemühungen um inhaltliche Schulentwicklung stark in den Hintergrund. Partizipationsformate werden eventuell exemplarisch durchgeführt, gehören vielerorts jedoch nicht zur allgemeinen Schulkultur. So wird beispiels-

weise der Schüler*innenhaushalt, mit dem Schüler*innen eigene Projekte an ihren Schulen umsetzen können, in Marzahn-Hellersdorf nicht voll ausgeschöpft.

Jugendarbeit

In der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist Beteiligung ein wesentliches Handlungsprinzip. Auf 20 Seiten werden im „Handbuch der Berliner Jugendfreizeiteinrichtungen“ Bedeutung und Kriterien zur Ausgestaltung von Partizipation dargestellt. Nach eigener Einschätzung etlicher Einrichtungen in Marzahn-Hellersdorf wird diesem Anspruch aufgrund mangelnder, vor allem personeller Ressourcen, nur ungenügend nachgekommen. Der Beitrag zweier Vertreter*innen aus der Jugendsozialarbeit in der BVV-Sitzung im November 2023 verdeutlicht die Anforderungen an die Fachkräfte im Bezirk. Geringe personellen Ressourcen in Kombination mit den herausfordernden Lebenssituationen zahlreicher Kinder und Jugendlicher im Bezirk haben zur Folge, dass Teilnehmungsformate nicht dem Anspruch gemäß umgesetzt werden können. Neben personellen Ressourcen

wird auch ein Bedarf an Fortbildung zur Gestaltung zielgruppenorientierter Beteiligung in Jugendfreizeiteinrichtungen geäußert. Der Aktionsplan zur „Kinderfreundlichen Kommune“ benennt die offene Kinder- und Jugendarbeit als Kooperationspartner*innen bei bezirklich organisierten Teilnehmungsprozessen. Entsprechend dieser Vorstellungen sollte das Bezirksamt – gemeinsam mit relevanten Akteur*innen – auf Basis sozialräumlich spezifischer Bedarfe Maßnahmen entwickeln, um die Jugendarbeit zu stärken.

¹ „Die Schule soll Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Werthaltungen vermitteln, die die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre Entscheidungen selbständig zu treffen und selbständig weiterzulernen, um berufliche und persönliche Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, das eigene Leben aktiv zu gestalten, verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und die Zukunft der Gesellschaft mitzuformen.“ (Schulgesetz für das Land Berlin, § 3 Bildungs- und Erziehungsziele, Absatz 1)

Quellen:

Bezirksverwaltungsgesetz, 2011, auf: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/wissenswertes/bezirksverwaltungsgesetz-berlin.pdf?ts=1705104069>, zuletzt gesehen am 15.04.2024.

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Konzeptionelle Grundlagen und empirische Befunde zur Mitwirkung junger Menschen in Familie, Schule und Kommune, auf: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Publikationen/GrauePublikationen/Berichtsband_final_formatiert_2008.pdf, zuletzt gesehen am 15.04.2024.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hg.): Umfrage zum politischen Engagement von Jugendlichen, 2012: auf: https://www.kinderrechte.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/3_Beteiligung/3.6_Umfrage_politisches_Engagement/Ergebnisse_Engagement_von_Jugendlichen_DKHW_2013.pdf, zuletzt gesehen am 15.04.2024.

Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung e.V. (Hg.): Berlin Institut für Partizipation: Partizipation in der Stadtentwicklung, 2024, auf: <https://www.bipar.de/jugendbeteiligung-im-laendlichen-raum-2/>, zuletzt gesehen am 15.04.2024.

Deutsches Komitee für UNICEF e.V. (Hg.): Deutschlandweite UNICEF-Umfrage: MY PLACE, MY RIGHTS – JETZT REDE ICH! Gesamtbericht zu den Umfrageergebnissen, 2019: auf: https://www.unicef.de/_cae/resource/blob/203746/746153b-4bb4c0d0a027f7fc09d11b7af/report-umfrage-pdf-data.pdf, zuletzt gesehen am 15.04.2024.

Schulgesetz für das Land Berlin, 2004, auf: <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-SchulGBErahmen>, zuletzt gesehen am 15.04.2024.

Kontakte

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Neue Grottkauer Straße 5, 12619 Berlin
 Telefon: 0152 - 31771383 (WhatsApp/Signal/Telegram) und 030 – 92257140
 E-Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de
 Facebook: www.facebook.com/koordinierungsstelle-mh
 Internet: <https://koordinierungsstelle-mh.de>
 X: <https://twitter.com/demokratiemahe>
 Bluesky: <https://bsky.app/profile/koordstelle-mh.bsky.social>

Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf

Neue Grottkauer Straße 3, 12619 Berlin
 Telefon: 030 - 99 27 50 98
 Handy: 0152 061 99 495
 E-Mail Pfd: pfd-mh@stiftung-spi.de
 Internet: <https://demokratie-mh.de/>

Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf, Stiftung SPI

Frankfurter Allee 35 – 37, 10247 Berlin
 Handy: 0172 8695497
 E-Mail: register-mh@stiftung-spi.de
 Internet: <https://berliner-register.de/register/marzahn-hellersdorf/>
 Instagram: www.instagram.com/registermahe/
 X: <https://twitter.com/RegisterMaHe>

Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf

E-Mail: buendnis_mh@web.de
 Internet: <http://buendnis.demokratie-mh.de>
 Facebook: www.facebook.com/buendnismah
 X: <https://twitter.com/buendnismh>

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin Beauftragte für Integration und Partizipation Frau Warkentin

Alice-Salomon-Platz 3, 12627 Berlin
 Telefon: 030 - 90293-2060
 E-Mail: Integrationsbuero@ba-mh.berlin.de

Koordinatorin für Flüchtlingsfragen Frau Jerzak

Telefon: 030 - 90293-2069
 Fax: 030 - 90293-2055
 E-Mail: anne.jerzak@ba-mh.berlin.de

Initiative „Demokratie. Gerechtigkeit. Bürgerräte Marzahn-Hellersdorf“

Internet: <https://www.buergerraete-mh.de/>
 E-Mail: info@buergerraete-mh.de

Bezirklicher Raum für Beteiligung Marzahn-Hellersdorf „Wir im Dialog“

Internet: www.berlin.de/mh-dialog
 Telefon: 0151 57868544
 E-Mail: mahe@stadt-handel.de

Sozialraumorientierte Planungs- und Koordinierung (OE SPK)

Premnitzer Str. 11-13, 12681 Berlin
 Internet: www.berlin.de/mh-spk
 Telefon: 030 - 90293-6150
 E-Mail: doreen.bodeit@ba-mh.berlin.de

Gesamtprojekt Campus Transferale

Internet: www.ash-berlin.eu/forschung/forschungsprojekte-a-z/campus-transferale-cat/
 E-Mail: innovative_hochschule@ash-berlin.eu
Transfer_Hub vor Ort auf dem Boulevard Kastanienallee (Höhe Stollberger Straße 63 und per Mail transfer_hub@ash-berlin.eu)
 Über die Webseite des Transfer_Hub, sobald diese freigeschaltet ist.

Servicestelle Partizipative Forschung

über die Projektmitarbeiterinnen Ina Schaefer (ina.schaefer@ash-berlin.eu) oder Isa Brodnjak (brodnjak@ash-berlin.eu)
 Für das **Pilotprojekt Community Spaces** über die Projektmitarbeiterin Miriam Pieschke (pieschke@ash-berlin.eu)

Für das **Pilotprojekt Zwischenräume** über Adam Page (page@ash-berlin.eu) oder Eva Hertzsch (hertzsch@ash-berlin.eu)

Für das **Transferfestival Transferale** über Elène Misbach (misbach@ash-berlin.eu)

Die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf ist in Trägerschaft der:



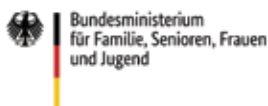
Finanziert durch:



Das Register Marzahn-Hellersdorf und die Partnerschaften für Demokratie sind in Trägerschaft der:



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms



Gefördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	

